

INFOPERU72

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 72 – Zum aktuellen Stand von Corona \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Präsident Vizcarra schießt in die Luft \(Heinz Schulze\)](#)
3. [Ein Adios voller Hochachtung \(Heinz Schulze\)](#)
4. [Blutiger „Tag der Indigenen“ \(Elke Falley-Rothkopf\)](#)
5. [Pandemie, Verzweiflung und ein zugespitzter Konflikt in Espinar \(Vanessa Schaeffer\)](#)
6. [Bergbau in Zeiten von Covid-19 \(Mattes Tempelmann und Edwin Alejandro Berrospi\)](#)
7. [Die Ernte schafft es nicht auf den Markt \(Hildegard Willer\)](#)
8. [Kurz gemeldet – August 2020](#)
9. [Anhaltender Sauerstoffmangel: Linde AG mitverantwortlich?](#)
10. [Verhinderte „Voluntarios“ zeigen Solidarität \(Barbara Alagón Choquehuamani\)](#)
11. [ISP-News – August 2020](#)
12. [Etappenziel erreicht: Merkel stellt sich hinter Lieferkettengesetz \(Annette Brox und Silvia Bodemer\)](#)
13. [Rondas Campesinas: Die Organisation als Rückgrat des Lebens \(Roxana Loarte\)](#)
14. [Keine Zulassung für gentechnisch veränderte Lebensmittel in Peru \(Heinz Schulze\)](#)
15. [Der Leiter der Forstbehörde wurde entlassen... \(Heinz Schulze\)](#)
16. [Praktikum bei der Infostelle Peru](#)

1. Editorial No 72 – Zum aktuellen Stand von Corona

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor zwei Monaten hatte ich an dieser Stelle über die bevorstehende Lockerung der Quarantäne berichtet und die Befürchtung geäußert, dass die Fallzahlen nun rasch wieder ansteigen würden.

Leider ist genau dies geschehen. Peru steht bei den Todesfällen pro Einwohner durch Corona ganz weit oben. Das Virus ist inzwischen auch in den Anden angekommen. Vor einigen Monaten hoffte man noch, dass die Höhenlage vor Corona schützen würde. Diese Hypothese zerschlägt sich nun. Cajamarca, Huancayo, Cusco, Ayacucho, Puno, Arequipa – aus all diesen Andenstädten kommen die bekannten Bilder: Menschen vor überfüllten Krankenhäusern oder beim Warten auf die Sauerstoff-Flasche. Das Virus rückt auch näher: kaum jemand in Peru, der nicht einen Corona-Toten in der näheren oder weiteren Familie oder Bekanntschaft hat.

Schuld seien die Menschen, weil sie sich nicht an die Abstandsregeln hielten, sagt Präsident Vizcarra. Nach dem Ende der monatelangen strengen Quarantäne hätten sich die Leute wieder zum Essen in den Grossfamilien getroffen, und flugs seien die Infektionszahlen wieder in die Höhe geschneilt. Dem mag so sein. Aber die Kur dagegen überzeugt nicht. Seit dem 16. August gilt sonntags wieder eine Ausgangssperre im ganzen Land. Damit sollen die sonntäglichen Familienzusammenkünfte unterbunden bleiben. Allerdings kommt es stattdessen am Samstag und Montag zu langen, virusfreundlichen Schlangen vor den Märkten und Supermärkten.

Einer der Gründe, dass Peru die Pandemie nicht in den Griff bekommt, hat mit der fehlenden Datenlage zu tun. Das gibt selbst Gesundheitsministerin Mazzetti zu. Die falschen Tests, zu wenige Labore, kein Contact Tracing. Und dazu eine starre staatliche Bürokratie, die Initiativen eher behindert als fördert. So hat ein peruanischer Mikrobiologe, Edward Malaga-Trillo, schon vor sechs Wochen einen molekularen, billigen Schnelltest entwickelt. Bis heute hat er nicht die Erlaubnis, in die Fabrikation zu gehen. Oder Kardinal Barreto aus Huancayo, der sich bitterlich darüber beklagt, dass die Genehmigungen des Gesundheitsministeriums zum Bau einer Sauerstoffanlage auf sich warten lassen. Oder dass eine (ehemals) deutsche Firma den Profit über die Gesundheit der Leute stellt. Er bezieht sich auf den ehemaligen Kühlschrankfabrikanten Linde, der absolute Marktführer in Peru für medizinischen Sauerstoff. In diesem Newsletter finden Sie einen Brief der Infostelle Peru und die Antwort von Linde.

Die monatelange Pandemie ohne Lichtblick, macht sich nun auch in den Umfragen bemerkbar. Hatten noch bis weit in den Mai hinein die grosse Mehrheit der Peruaner*innen die Corona-Politik von Präsident Vizcarra unterstützt, so meinen heute [30%, dass die Regierung die Pandemie schlecht handle](#).

Die Produktionsministerin hat angekündigt, dass internationale Linienflüge womöglich erst wieder Ende Jahr stattfinden werden. Währenddessen macht sich die Wirtschaftskrise bei immer mehr Menschen bemerkbar.

Es ist keine gute Zeit in Peru.

Hildegard Willer

2. Präsident Vizcarra schießt in die Luft

So oder ähnlich lauten Kommentare zur Rede des peruanischen Präsidenten anlässlich des Nationalfeiertags am 28. Juli. Andere Kommentare waren: Nur unkonkrete Ankündigungen, er will sein letztes Amtsjahr überleben, er sieht die Realität nicht, usw. Es gab Ankündigungen wie: Arme Familien sollen erneut 760 Soles (220 Euro) wegen der Corona-Pandemie erhalten, Kinder, die ihre Eltern wegen Covid-19 verloren haben, sollen 200 Soles (50 Euro) Waisengeld bekommen. Das Gesundheitssystem soll mit 20 Milliarden Soles (knapp fünf Mrd. Euro) bedacht und vereinheitlicht werden, die Wirtschaft soll intensiv angekurbelt werden mit Erleichterungen bei den Umwelt- und Sozialstandards. Ein großes Vorhaben ist dabei das Bewässerungsprojekt Chavimoché (mit Korruption von der Firma Odebrecht gebaut und hauptsächlich für die landwirtschaftliche Exportwirtschaft). Angekündigt wurde das Programm „Arranca Peru“ („den Motor wieder anwerfen“), wodurch eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

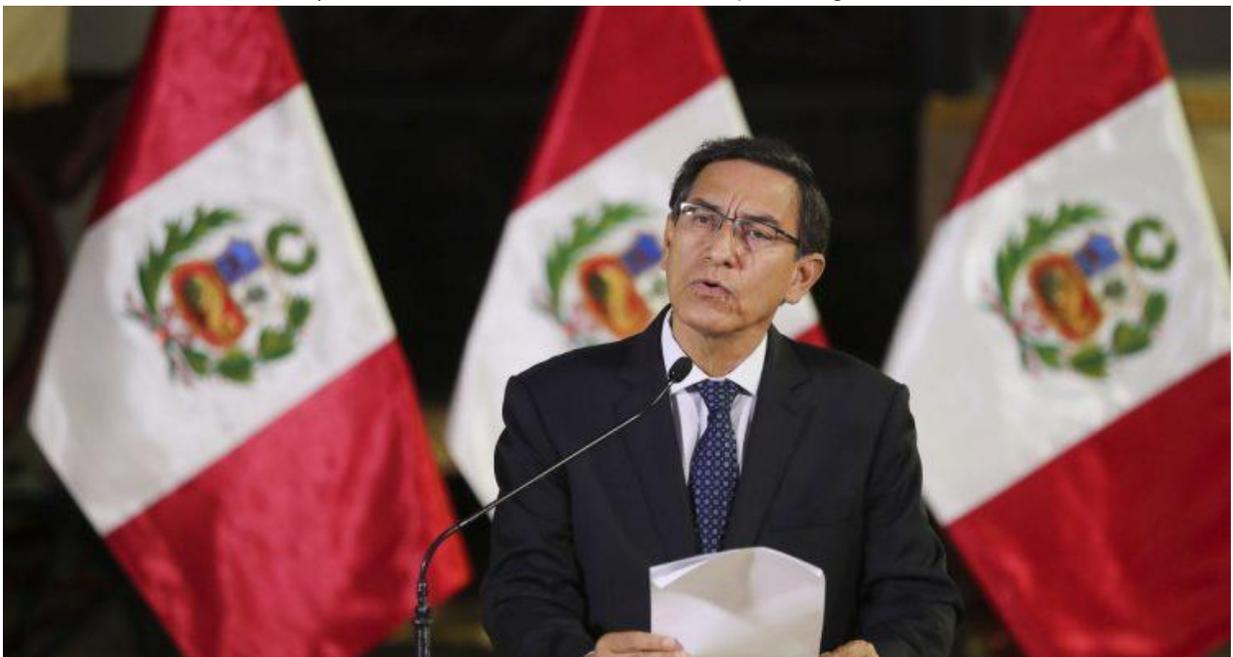


Foto: Andina

Von seinen aktuellen und früheren Minister*innen kamen dazu folgende Kommentare: Der Umbau des Gesundheitssystem wird 20 Jahre dauern. Zu den Ausgaben erklärte die Finanzministerin: Im Prinzip ja – wenn das Geld dafür vorhanden ist. Arbeitsplätze: Das bringt keine wirkliche Lösung, 80% der Arbeitsverträge werden wieder nur Zeitverträge sein. Außerdem verloren durch die Pandemie ca. 2,6 Millionen Menschen ihre Arbeit bzw. Einkommen.

Wirtschaftsexpert*innen bemerken, dass Präsident Vizcarra die großen Unternehmen und Kapitalgruppen befriedigen will und der Bevölkerung ungenaue Versprechungen macht. Es gibt kein Konzept, wie Peru mit dem Einbruch von 13% des Bruttoinlandsprodukts umgehen soll, unabhängige Expert*innen rechnen mit einem Einbruch von 20%. Es ist keine Lösung, wenn Peru weiter vorrangig auf den Export von Rohstoffen und Lebensmittel und auf die informelle Arbeit setzt.

Die notwendige Parlamentsreform, um demokratische und transparente Wahlen im Jahr 2021 zu ermöglichen, wurde erwähnt, die aktuelle Parlamentsmehrheit (rechte Parteien) macht da aber nicht mit.

Die Corona-Pandemie ist überhaupt nicht vorbei. Der Virologe Cesar Carcamo befürchtet, dass bis Ende 2020 bis zu 100.000 Menschen am Virus sterben werden.

Als Informationsstelle Peru, so haben wir es im Vorstand besprochen, wird die kritisch-solidarische Beschäftigung mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen auch 2021 unser Schwerpunkt bleiben. Angesichts der neoliberalen Politik der Wiederankurbelung der Wirtschaft mit den Problemen für Mensch und Mitwelt in Peru und des Interesses von hiesigen Firmen, noch billiger an Rohstoffe und Lebensmittel – auch aus Peru – zu kommen, wird auch das negative Folgen haben.

Peru und Deutschland werden nach der Pandemie nicht mehr wie früher sein.

Heinz Schulze

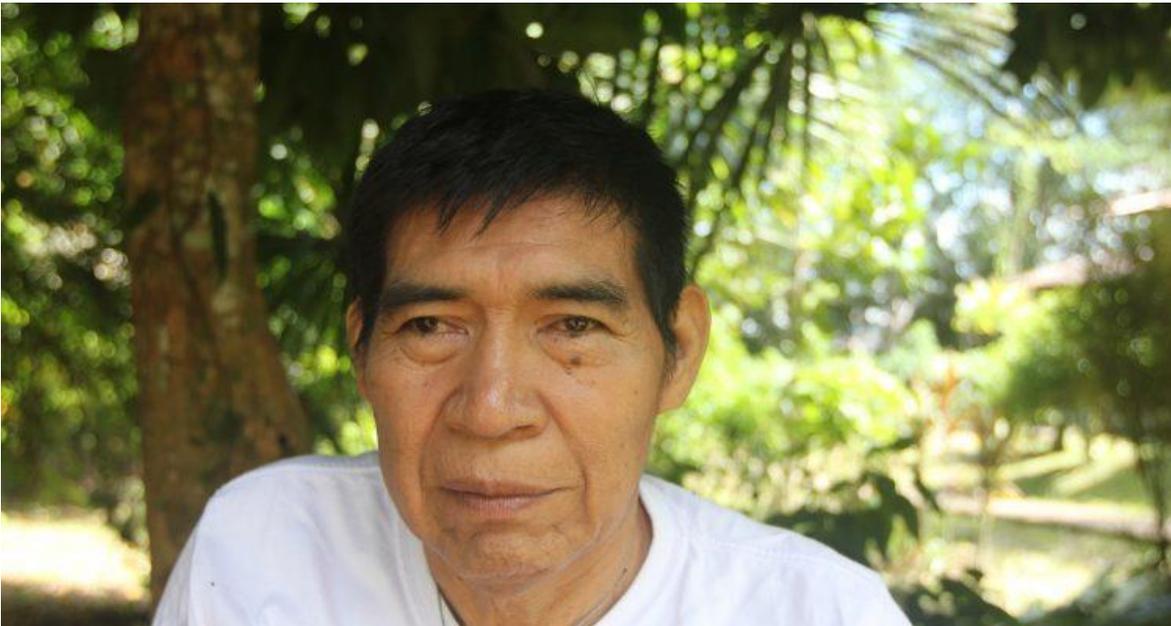
3. Ein Adios voller Hochachtung

Santiago Manuin, der große Pamuk, ist gestorben.

Santiago Manuin wurde 1957 in der Nähe des kleinen Weilers Domingasa in der Region Amazonas geboren. Am 1. Juli 2020 starb er an den Folgen von Covid-19 im Krankenhaus der Küstenstadt Chiclayo. In seinem intensiven Leben entwickelte er sich zum wichtigsten Führer (pamuk) des indigenen Volkes der Awajun.

Während unserer Tätigkeit in Cajamarca waren meine Frau und ich auf einem Seminar in der Nachbarregion Amazonas, in deren Hauptstadt Chachapoyas, zusammen mit Pater Alois Eichenlaub. Das Thema war: Die Realität zu sehen, sie beurteilen und schauen, was getan werden

kann. Ein Großteil der Teilnehmenden waren Kleinbauern aus den Anden, die, wegen der Landknappheit in den dortigen Regenwald ausgewandert waren, um diesen „zu entwickeln“, wie sie sagten. Mit dabei war eine kleine Gruppe junger Menschen aus dieser Region, die sich Aguaruna nannten, wie die Awajun damals genannt wurden. Sie nannten sich „selvaticos“ und setzten sich von den Neusiedlern, den Colonos aus den Anden, ab. Die Diskussionen waren heftig und es ging um Themen wie Gerechtigkeit, Kultur, wen soll die Kirche unterstützen, etc. Damals gab es noch keine indigene Organisation der Awajun, und die Neusiedler hatten mit der sich gerade gegründeten dortigen Basis der Bauerngewerkschaft CCP nichts am Hut. Eventuell war Santiago Manuin einer der jungen Menschen dabei.



Santiago Manuin im Juli 2019; Foto: Barbara Fraser

Zurück zu seiner Person: Der ehemalige Priester Javier Arellano Yanquas hat mit Santiago Manuin viele Jahre zusammen gearbeitet und über ihn geschrieben. Santiago war in seinen jungen Jahren viel unterwegs, informierte und organisierte die Menschen in ihren verstreuten Dorfgemeinschaften. Seine erste Frau und das Töchterchen starben bei der Geburt. Bekannt wurde er, als er 1991 zum Präsidenten des Rates der Aguaruna-Huambisa gewählt wurde. Er erhielt Menschenrechtspreise, in Spanien und 2014 den von der peruanischen Menschenrechtskoordination. Beim „Baguazo“, der großen Demonstration der indigenen Organisationen 2009 in der Nähe der Provinzstadt Bagua, versuchte er mäßigend auf die Gewalt von Polizei und Militär ein zu wirken. Dabei wurde er von acht Kugeln getroffen und schwebte viele Tage in Lebensgefahr. Außerdem wurde er – mit anderen – wegen Mordes angeklagt. Auch durch eine intensive internationale Solidaritätskampagne wurden er und die anderen 52 angeklagten Indigenen frei gesprochen.

Wir beteiligten uns als Informationsstelle intensiv an dieser Kampagne.

Einigen sind die Fotos bekannt, als er, im Rollstuhl sitzend – eine Folge der Kugeln beim „Baguazo“ – Papst Franziskus bei dessen Besuch im Regenwald Perus eine Federkrone als Geschenk überreichte. Mit anderen Führer*innen erreichten die Awajun die Gründung und Anerkennung ihrer autonomen Regierung der Awajun-Warmi um dadurch mehr Macht zur Mitentscheidung bei ihren politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu bekommen. Durch seine schweren Verletzungen war er gesundheitlich sehr angeschlagen. Mitte Juni 2020 zeigten sich bei ihm Anzeichen von Covid-19. Seine Söhne brachten ihn zum nächsten Gesundheitsposten in Santa Maria de Nieva (Region Amazonas). Die Mitarbeiter*innen behandelten ihn nicht, weil sie keine Schutzkleidung und keine Masken hatten. Später wurde er in das Krankenhaus der Provinz Bagua gebracht. Da benötigte er bereits Sauerstoff. Der war dort aber nicht vorhanden. Nach drei Tagen wurde ein Zimmer mit einem Beatmungsgerät im Krankenhaus der Küstenstadt Chiclayo frei. Mit einem Krankenwagen wurde er in sieben Stunden nach Chiclayo gefahren. Dort starb er nach vier Tagen. Er erlebte nicht mehr, dass der große und langjährige Kampf der Awajun gegen die Erdölfirma Geopark mit ihren Umweltverschmutzungen in ihrer Region Erfolg hatte. Geopark verkündete am 17.7.20 den Rückzug aus dem Los 64.

Neben Santiago Manuin starben und sterben immer mehr Indigene an Covid-19. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, da die, die in ihren Hütten sterben meist nicht als Coronafälle registriert werden.

Heinz Schulze

(mit Informationen aus: El buhu, 5.7.20, Maria Glave, La República, 3.7.20, diverse Artikel u.a. von Servindi, Juli 2020)

4. Blutiger „Tag der Indigenen“

3 Tote und mehrere Verletzte gab es bei einem gewaltsamen Konflikt zwischen Indigenen und Polizei in der Region Loreto.

In der Nacht zum 9. August – übrigens der Internationale Tag der Indigenen Völker – kam es in der Region Loreto an der Erdölförderstation 5 der Konzession 95 zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Dabei starben 3 Angehörige des Volkes der Kukuma, die bei der Erdölfirma Petrotal wegen ihrer Vernachlässigung im Rahmen der Corona-Krise protestiert hatten. Wie die indigene Organisation ORPIO, einer der 9 Regionalverbände der nationalen Organisation AIDSESEP, schreibt, war der Grund für die Protestaktion die fehlende medizinische Unterstützung für ihre an Covid-19 erkrankten Familienangehörigen. Sie protestierten auch, weil sie bisher keine der versprochenen Entschädigungen und Vergünstigungen erhalten haben, die der indigenen Bevölkerung für die schon 50 Jahre andauernde Erdölförderung auf ihrem Territorium versprochen worden war.

Da die Verhandlungen um mögliche Unterstützung in der Corona-Krise scheiterten, wollten die indigenen Demonstranten von ihrem Recht auf Schließung ihrer Territorien nach Außen Gebrauch machen und so die Erdölfirma zum Stopp ihrer Förderaktivitäten und Bewegungen von Personal von und zur Förderstätte zwingen. Die Abschottung nach Außen ist eine von allen Staaten, wie auch von indigenen Gemeinschaften praktizierte Maßnahme während der Corona-Pandemie. Denn die Befürchtung liegt nahe, dass mit Personal aus anderen Regionen und Lieferbewegungen das Virus eingeschleppt werden kann. Auf indigener Seite trifft es auf eine Bevölkerung, die in tiefer Armut lebt und nicht über medizinische Versorgung verfügt und auch nicht oder nur schlecht mit präventiven Schutzmaßnahmen wie Masken und Desinfektionsmitteln versorgt wird.

Unklare Eskalation

Aber die Verhandlungen scheiterten, und , wie oft in solchen Fällen, herrscht Unklarheit, was danach geschah. Die indigenen Organisationen geben an, ihre Demonstrant*innen seien in friedlicher Absicht, aber mit Speeren bewaffnet erschienen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das peruanische Innenministerium spricht in seiner öffentlichen Erklärung davon, die Demonstrant*innen seien mit Lanzen und Rückladern bzw. Schrotflinten ausgestattet gewesen und hätten zuerst geschossen, wobei ein Projektil einen Polizisten traf. Daraufhin sei das Feuer eröffnet worden. Beim Radiosender RPP erschien inzwischen ein Video der Überwachungskameras der Firma Petrotal, das die mit Lanzen ausgestatteten Protestierenden zeigt, die vorstürmen, worauf auch das Feuer eröffnet wird. Mindestens 3 indigene Demonstranten wurden erschossen (es gibt Berichte, dass inzwischen eine vierte Person verstorben ist) und 16 Menschen, darunter auch Polizisten, verletzt.



Indigene besetzen eine Erdölpumpstation im Juli 2019. Foto: Hildegard Willer

Ein zweiter „Baguazo“?

Schon wird davon gesprochen, dass sich der Vorfall zu einem zweiten „Baguazo“ entwickeln kann. Bei der Eröffnung des Feuers auf indigene Demonstrierende in der „Curva del Diablo“ bei Bagua im Juni 2009 kam es zu einer Eskalation des Konfliktes, sodass schließlich mehr als 30 Tote auf beiden Seiten – indigene Bevölkerung sowie Polizei und Militär – zu beklagen waren. Die Indigenen hatten gegen das sog. „Dschungelgesetz“ (Ley de la Selva) protestiert, das die Konzessionierung Amazoniens für die Erdöl- und Erdgasförderung vorsah.

Die Vorfälle in Bagua geschahen allerdings nicht in einer medizinischen Ausnahmesituation wie der Corona-Krise und waren die Spitze Monate anhaltender Proteste von indigener Seite in Amazonien gegen das Ley de la Selva. Auch die andine Bevölkerung hatte sich damals solidarisiert.

In der jetzigen Situation ist die Lage wegen der seit März andauernden Ausnahmesituation in der Corona-Krise angespannt. Die schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen lassen den peruanischen Staat mit der intensiven Förderung extraktiver Rohstoffe und der zugehörigen Unternehmen liebäugeln. Auch im Forstsektor ist die Führung der staatlichen Behörde SERFOR ausgewechselt worden, so dass ihr nun jemand vorsteht, der die Forstunternehmen begünstigen will. Andererseits hat die marginalisierte indigene Bevölkerung wenig und nur zögerlich medizinische Unterstützung erhalten und in der Folge sehr unter der Krise gelitten. Die Förderung der extraktivistischen Unternehmen trifft sie in ihrer Lebensgrundlage, in den Territorien. So fordern die indigenen Organisationen die faire Untersuchung der Vorfälle und einen fairen Dialog, der zu nachhaltigen, positiven Lösungen führt.

Vorwürfe gegen „Aufwiegler“

Die Zeitschrift Hildebrandt en sus trece, nicht dafür bekannt politisch etwa „rechts ausgerichtet“ zu sein, erhebt Vorwürfe gegen die indigenen Organisationen, den Konflikt bewusst zu schüren.

Rolando Luque, Spezialist für soziale Konflikte bei der Ombudsstelle (Defensoría del Pueblo), erläutert, dass der Konflikt in Bretaña schon einen längeren Vorlauf hat, und sich vor allem gegen den Staat richtete. Der hatte einen ehrgeizigen Plan angekündigt, der für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit einem kleinen Hospital, Abwassersystemen, Telefon u.a. sorgen sollte. Bisher sind diese Pläne nicht erfüllt wurden und mit der Corona-Krise hat sich die Brisanz verschärft.

Breite Unterstützung

Unterstützung erhalten die indigenen Organisationen auch von Organisationen wie der CNA, der Confederación Nacional Agraria, mit andinem Schwerpunkt und von ausländischen

Organisationen wie der environmental investigation agency (eia) und Proética, dem peruanischen Zweig von Transparency International. In ihrer gemeinsamen Presseerklärung mit dem indigenen Dachverband des peruanischen Amazonastieflands AIDSESEP setzen eia und Proética die Geschehnisse an der Station 5 in Bretaña in den Kontext der besonderen Betroffenheit der indigenen Bevölkerung durch das Corona-Virus. Sie äussern ihre Hoffnung, dass der peruanische Staat diese Bevölkerungsgruppe besonders unterstützen würde, statt auf repressive Massnahmen zu setzen. Der Premierminister Walter Martos hatte in seiner Antrittsrede vor dem Kongress kürzlich die besondere Schwere der Situation bei der indigenen Bevölkerung Perus erwähnt hatte.

Das Erdölunternehmen Petrotal in Bretaña hat zwischenzeitlich alle Aktivitäten in dem Bereich eingestellt. Schon wird der indigenen Bevölkerung damit gedroht, dass die Gemeinden dann auch nicht die Steuer-Einnahmen aus dem canón minero erhalten.

Elke Falley-Rothkopf

5. Pandemie, Verzweiflung und ein zugespitzter Konflikt in Espinar

Mitten im Gesundheits-Notstand, den die peruanische Regierung aufgrund der schlimmen Folgen des Coronavirus erklärt hat, sind die Konflikte in der Provinz Espinar wieder neu aufgebrochen. Wieder hat die Bevölkerung zu Demonstrationen und Protesten gegen das Minenunternehmen Glencore aufgerufen.

Die Anführer*innen der Proteste greifen dabei die Verzweiflung eines Großteils der Bevölkerung auf, bei dem keinerlei finanzielle Hilfen zur Minderung der Krise angekommen sind. Die Menschen fordern eine einmalige Unterstützung von 1000 Soles (240 Euro) für alle wahlberechtigten Einwohner*innen Espinars aus dem Sozialfonds, der im Rahmenvertrag mit dem Minenunternehmen festgeschrieben wurde. Der Fonds soll insgesamt 50 Mio. Soles (knapp zwölf Mio. Euro) umfassen. Der Vertrag wurde 2003 zwischen dem die Kupfermine Tintaya betreibenden Unternehmen – damals BHP Billiton, der Provinzverwaltung und den sozialen Organisationen geschlossen. Dort wurde vereinbart, dass das Minenunternehmen jährlich drei Prozent des Gewinns in den Sozialfonds einzahlt.

Die Auszahlung der Unterstützung wurde im Mai im Verwaltungsausschuss des Sozialfonds diskutiert. Die Beschlüsse über die Verwendung der Mittel aus dem Fonds müssen einstimmig gefasst, die Mittel sollen für Entwicklungsprojekte in der Provinz verwendet werden. Das Unternehmen Glencore, als Betreiber der Mine Antapaccay Mitglied des Ausschusses, hat die Auszahlung der Unterstützung abgelehnt und damit die Bevölkerung gegen sich aufgebracht.

Nach Monaten der Ablehnung und inmitten der Gesundheitskrise rief die Bevölkerung schließlich zu Protesten und zu einem unbefristeten Generalstreik ab 15. Juli auf. Die Reaktion der Regierung

war unverhältnismäßig: Es fielen Schüsse gegen die protestierende Bevölkerung, die sozialen Proteste wurden gewaltsam bekämpft und Angst verbreitet.



Vor dem Rathaus von Espinar. Foto: Hildegard Willer

Bergwerk arbeitet weiter

Glencore und die Minenausbeutung in Antapaccay wurden während der Corona-Pandemie nicht gestoppt. Die Arbeiter*innen, die auch die Nachlässigkeit des Unternehmens im Umgang mit dem Virus innerhalb des Minencamps kritisierten, mussten trotz der Gesundheitsrisiken weiterarbeiten. Warum also die Ablehnung gegen die Untertüchtungszahlungen? Das Unternehmen erklärte, die Auszahlung fördere nicht die Entwicklung der Provinz und entspreche damit nicht den Zielen des Rahmenvertrags.

Die Bevölkerung dagegen reklamiert, dass auch nach 30 Jahren Bergbautätigkeit (davon mehr als zehn Jahre unter Verantwortung von Glencore) die versprochene nachhaltige Entwicklung ausbleibt. In der Provinz Espinar leben heute immer noch 70% der Bevölkerung in wirtschaftlicher Armut. Die Böden in der Umgebung der Mine und sogar in der Stadt Espinar sind nachweislich mit Schwermetallen wie Blei und Arsen verseucht. Die von Gesundheitsbehörden empfohlenen Grenzwerte werden weit überschritten. In der Provinz gibt es kein Wasser- und Abwassersystem, die Stadtbewohner*innen haben täglich nur zwei Stunden Wasser. In den meisten Gemeinden auf dem Land gibt es gar keine Trinkwasserversorgung.

Corona verschlechtert Lebensbedingungen

Mit der Pandemie haben sich die schwierigen Lebensbedingungen der Bevölkerung in einer Stadt, in der landes- und weltweit mit am meisten Kupfer abgebaut wird, weiter verschlechtert. Glencore agiert unterdessen inmitten der Gewalt gegen Protestierende und der Verletzung von Menschenrechten völlig gleichgültig. Das Unternehmen verspricht nur mehr derselben Entwicklung, der die Bevölkerung berechtigterweise nicht mehr traut. Und dies geschieht auch noch mitten in der Planung der Ausweitung des Kupferabbaus in einem neuen Projekt des Unternehmens in unmittelbarer Nähe: die Ausbeutung von Coroccohuayco.

Zweifellos sind die Situation in Espinar und die Auswirkungen des Kupferabbaus durch die Corona-Pandemie in Peru noch komplexer und schwieriger geworden. Doch die Bevölkerung ist klar in ihrer Haltung: Sie stellt sich nicht gegen die Mine, die einen wichtigen – direkten oder indirekten – Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt leistet. Aber sie fordert, dass dies unter der Bedingung eines Dialogs auf Augenhöhe geschieht und mit Blick auf das Gemeinwohl – jenseits der Unternehmensgewinne durch die Mine. Die Ablehnung der Unterstützungszahlungen durch das Unternehmen zeigt, dass diese Bedingungen noch nicht gegeben sind.

Der offene Tagebau von Glencore in Espinar ist weit davon entfernt, die Versprechungen einer nachhaltigen Entwicklung einzuhalten, die das Unternehmen in seinen Nachhaltigkeitsberichten verkündet. Gerade jetzt, im Kontext einer weltweiten Krise, sind Dialog und Gewaltverzicht unerlässlich. Glencore darf das nicht gleichgültig sein.

Vanessa Schaeffer (Peruanische Juristin, Mitarbeiterin der NGO CooperAcción und Master-Studentin an der Universität Freiburg i.Br.). Übersetzung: Annette Brox

Nachtrag: Am 7. August ist es zwischen den Konfliktparteien zu einer Einigung gekommen. Das Unternehmen Antapaccay-Glencore hat eingewilligt, umgerechnet etwas über 10 Millionen Euro (44 Mio Soles) als Direktzahlungen an die notleidende Bevölkerung auszuzahlen. Die Auszahlung soll durch Lebensmittelkarten im Wert von je 1000 Soles (240 Euro) geschehen.

Anmerkung der Redaktion:

Das Europäische Solidaritätsnetzwerk Plataforma Europa Peru (PEP) hat in einer öffentlichen Erklärung den sofortigen Gewaltverzicht in Espinar gefordert – siehe auch den Beitrag in den ISP-News.

Auch die sozialen Organisationen in Peru haben sich in einer Pressemitteilung zu den Vorfällen geäußert. Die deutsche Übersetzung können Sie auf der Webseite der Kampagne Bergwerk Peru nachlesen: <http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/aktuelles/pressemitteilung...in-espinar-cusco>

6. Bergbau in Zeiten von Covid-19

Die aktuelle Corona-Pandemie Peru hat die Bergbaukonflikte weiter zuspitzt. Warum ist das so? Und was sind die sozialen und ökologischen Auswirkungen?

Wirtschaftskrise in Peru

Peru befindet sich in einer enormen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Krise. Das Land ist eines der am stärksten von der Covid-19-Pandemie betroffenen Länder weltweit. Zum Einen gibt es in Peru sehr viele Corona-Infizierte (über 507.000; *Stand:14.08.2020*) und über 25.000 Menschen, die an Corona verstorben sind. Zudem hat diese Krise dazu beigetragen, dass es zu einer Welle der Verarmung großer Teile der peruanischen Bevölkerung beiträgt. Um eine weitere Ausbreitung des Virus zu vermeiden verhängte die Regierung Mitte März landesweit eine viermonatige Ausgangssperre, unter strenger Kontrolle durch das Militär. Momentan befindet sich das Land im Ausnahmezustand und regional je nach Corona-Hotspots werden Quarantäne – Massnahmen verhängt. Besonders hart treffen diese Massnahmen die Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, und rausgehen müssen, um Geld zu verdienen.

Peruanische Wirtschaftsexpert*innen vermuten, dass Peru nicht nur eine leichte Rezession erfährt, sondern vielmehr auf dem Weg hin zu einem Tiefpunkt seiner Volkswirtschaft steuert, also zu einer großen ökonomischen Depression. Großteile des landwirtschaftlichen Sektors und der Dienstleistungen sind bereits kurz vorm Kollaps, und dies wieder aufzubauen braucht eben seine Zeit. Die Frage ist nun wie lange und in welcher Form dies verlaufen wird. Wird sich Peru also eher für zwei bis drei Jahre auf einem wirtschaftlichen Tiefstand befinden und dann wieder erholen oder für noch längere Zeit?

Ausweg aus der Notlage. Reaktivierung durch Bergbau?

Während des harten Lockdowns und der Quarantäne – Phase in den ersten 4 Monaten war so gut wie alles im Land geschlossen und still gelegt. Aber auf Druck der Bergbaulobby hat die Regierung unter Präsident Vizcarra beschlossen, dass der Bergbau vom Lockdown ausgeschlossen ist. Die Minen arbeiteten also ohne Einschränkung weiter. Der Bergbau soll dabei der Haupt-Motor der Reaktivierung der peruanischen Wirtschaft sein, um eine größere Krise abzuwenden. Ob dies tatsächlich so stattfinden wird, ist zu bezweifeln.

Wird sich Peru also eher für zwei bis drei Jahre auf einem wirtschaftlichen Tiefstand befinden und dann wieder erholen oder für noch längere Zeit?

Momentan profitiert der Bergbausektor sehr gut. Die Einnahmen sprudeln. Hinzu kommt, dass die Weltmarktpreise für Edelmetalle (Gold, Silber, Kupfer) so hoch sind wie seit 7 Jahren nicht mehr.

Das führt zu einem erhöhten Druck auf neue Abbaugelände, was wiederum Auswirkungen auf Comunidades und Umwelt haben wird und sehr wahrscheinlich viele neue Konflikte schüren wird.



Demonstranten im Tambo-Tal gegen das Bergbauprojekt Tía María. Foto: Red Muqui

Illegaler Goldabbau nimmt zu

Als Konsequenz daraus ist zu beobachten, dass auch der illegale Bergbau zunimmt. In wirtschaftlichen Krisenzeiten, so wie in dieser, steigt der Goldpreis. Damit ist der Abbau von Gold attraktiver und rentabler. Durch Informationen von unseren Mitgliedsorganisationen in den Regionen, welche wiederum mit den Basisorganisationen vor Ort in Kontakt stehen, wissen wir, dass der illegale Goldabbau zugenommen hat. Damit einher geht auch der Handel, der sich um dieses Gewerbe gebildet hat. Das ist allerdings momentan sehr gefährlich und kann sehr gewaltsam und konfliktiv sein, da die Menschen zur Zeit wenig Arbeit und Einkünfte haben.

Eine weitere beunruhigende Konsequenz ist, dass die Anzahl der Infizierten und Verstorbenen im Bergbausektor rasant zunimmt. Aktuell sind mehr als 10.000 Bergarbeiter mit dem Corona-Virus infiziert. Im Red Muqui-Netzwerk sind wir der Ansicht, dass der Präsident Vizcarra neben der Bekämpfung der Pandemie auch die Achtung der Rechte der Bergarbeiter garantieren muss, denn Gesundheit, Umwelt und Leben müssen über wirtschaftlichen Interessen stehen.

Welche weiteren sozialen und ökologischen Folgen aber hat die aktuelle Stärkung des Mega-Bergbaus bisher in Peru und welche neuen Konflikte entstehen dadurch?

Anti-ökologische Reformen und erhöhte Umweltverschmutzung führen zu neuen Konflikte

In den vergangenen Wochen wurden neue Gesetze erlassen, um den Bergbausektor zu stärken und diesen auch in der Corona-Krise weiterhin rentabel und lukrativ zu gestalten. Mit dem Hintergrund der wirtschaftlichen Reaktivierung wurden so zum Beispiel Umweltstandards im Bergbausektor gesenkt, die Umweltinstitutionen und die Bürgerbeteiligung geschwächt. All diese normativen Modifikationen sind im Grunde genommen schädlich für die Umwelt, sie sind nicht nur Rückschläge, sie sind Reformen gegen Umweltrechte, die im Namen der wirtschaftlichen Reaktivierung gegeben werden. Das Red Muqui spricht hier von anti-ökologischen Reformen, die nur das einzige Ziel haben: den Bergbau zu stärken.

So sollen zum Beispiel die staatlichen Umweltkontrollbehörden in der Zeit des Ausnahmezustands die Bergbauaktivitäten nicht vor Ort kontrollieren. Das heißt, dass z.B. keine Wassermonitorings durchgeführt werden. Werden doch irgendwelche Sanktionen oder Strafzahlungen verhängt, sind die Unternehmen in dieser Situation momentan auch noch davon befreit diese zu zahlen. In anderen Worten: Wer aktuell verschmutzt, braucht nicht zu befürchten, dass er vom Staat kontrolliert wird und dafür Strafen zahlen muss. Es ist absehbar, dass dadurch neue Konflikte entstehen werden.

Es ist absehbar, dass dies zu vermehrter Umweltverschmutzung führen wird. Red Muqui hat Kenntnisse von vermehrten Unfällen, Austritten von giftigen Abwässern in Gewässer oder Leckagen, wohl als Folge der Kontrolllücken, die von Bergbauunternehmen skrupellos ausgenutzt wurden.

Unter anderem listen wir im Red Muqui Umweltschäden auf, die uns Menschen aus den betroffenen Gebieten melden. So wurde uns etwa berichtet, dass es in der Provinz Santiago de Chuco formelle und informelle Bergbauunternehmen (sowohl national als auch internationale) gibt, die im Oberlauf eines Wassereinzugsgebiets tätig sind. Diese beeinträchtigen und verunreinigen die vorhandenen Wasserressourcen, welche die Bevölkerung für den Hausgebrauch, die Viehzucht und die Landwirtschaft benötigt. Und die zuständigen Behörden unternehmen nichts, um diese Aktivitäten zu kontrollieren.

Minenprojekte während der Pandemie vorangetrieben

Zudem beobachteten wir im Red Muqui einen erneuten Impuls seitens der peruanischen Regierung, geplante Bergbauprojekte ausgerechnet während der Corona-Krise voranzutreiben. Dazu zählt zum Beispiel das geplante Kupferprojekt Tia Maria in Arequipa, als auch viele andere.

Beunruhigend ist, dass bei vielen Projekten zu diesem Zeitpunkt ernsthafte technische und ökologische Bedenken offenkundig wurden. Zudem haben die Unternehmen für diese Vorhaben

keinerlei Rückhalt in der lokalen Bevölkerung – die Menschen wollen oftmals keine Bergbauaktivitäten in ihren Gebieten.

Dem Tía-Maria-Projekt gebührt besondere Aufmerksamkeit, zumal hier die ökologischen und sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung des Bergbauprojekts fehlen. Stattdessen betreibt die lokale Bevölkerung im fruchtbaren Tambo-Tal eine erfolgreiche Landwirtschaft, die Tausenden von Menschen Arbeit bietet und die die Bevölkerung im ganzen Land mit Gemüse, Obst und Reis versorgt.

Senkung sozialer Standards: Soll es eine Consulta previa virtual geben?

Zudem hat die Regierung unter Vizcarra den gesetzlichen Rahmen dafür erlassen, dass die Consulta Previa nun auch virtuell durchgeführt werden darf, Mit dem Hintergedanken, auch in Zeiten der Quarantäne Bergbauprojekte zu genehmigen. Diese ist für Bergbauunternehmen enorm attraktiv, da sie dadurch die entstehenden sozialen Kosten einsparen können. Denn die Consulta Previa kostet viel Geld.

Die Consulta Previa (Vorherige Befragung Indigener Gemeinden) ist ein wichtiges Instrument, und auch ein Recht Indigener. Es sieht vor, dass bei großen extraktiven Maßnahmen die Lokalbevölkerung vorher befragt werden muss und ihr Einverständnis dafür geben muss. Dieses Instrument ist für viele Bergbauprojekte ein Hindernis, und wird oft versucht zu umgehen oder ganz ausgesetzt.

Starke Kritik an diesem Vorgehen

Die Idee der virtuellen Befragung ist jedoch sehr absurd. Und es kam enormer Druck auf seitens der Organisationen der Indigenen Völker in den vergangenen Wochen. Denn es gibt viele Gemeinden, bei denen bis zu 80% der Menschen keinen Zugang zum Internet haben. Die indigenen Organisationen lehnten jede Möglichkeit einer virtuellen Konsultation ab, weil sie der Ansicht waren, dass ein solcher Prozess intransparent wäre, da die Verbindung über virtuelle Kanäle in ihren Territorien sehr schlecht oder gar nicht vorhanden ist. Zudem ist die Consulta Previa ein wichtiges Element, was nicht virtuell stattfinden kann und darf: denn Konsultation würde damit mehrere wesentliche Grundlagen der in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verankerten Rechte brechen, da die einheimische Bevölkerung direkten Kontakt braucht, „um einen angemessenen und zuverlässigen interkulturellen Dialog mit dem Staat und anderen Akteuren herzustellen“. Ob dies nun tatsächlich so umgesetzt wird ist noch offen. Für uns im Red Muqui ist dies jedoch ein gefährlicher Schritt, der den Druck auf die Territorien und die Durchführung von Bergbauprojekten erhöht.

Die neuen Gesetzesänderungen lassen vermuten, dass es eine Strategie der Regierung und der Bergbaulobby ist, die Zeiten des Ausnahmezustands zu nutzen, um einige Bergbauprojekte jetzt voranzutreiben. Die Covid-19-Pandemie spielt momentan der Bergbaulobby in die Hände. Das neu gebildete Kabinett stärkt offenkundig immer mehr den Bergbausektor. Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Minen bedrohen dabei immer mehr die Lebensräume der indigenen Völker in Peru. Als Folge dessen haben die sozialen Konflikte (wie zum Beispiel in Espinar, Cusco) in den letzten Monaten zugenommen. Und es ist zu befürchten dass sie weiter steigen werden, sobald der Ausnahmezustand aufgehoben wird und die Menschen wieder auf die Strasse gehen dürfen zum protestieren.



Durch Bergbau verschmutzter See in Cajamarca. Foto: Red Muqui

Alternativen zum Extraktivismus und andere Forderungen des Red Muqui

Was ist der richtige Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Krise? Die Lobby der Bergbauunternehmen und selbst die Nationalregierung schaffen bestimmte Narrative, nämlich, dass es der Bergbau sein soll, der ungebremst und mit voller Wucht das Land aus der Krise ziehen soll. Doch es gibt zunehmend mehr Kritik an diesem Modell. Zu Recht. Zumal dies zurzeit auch nicht demokratisch entschieden wurde, welches der richtige Weg hin zu einer Post-Corona Zeit ist.

Eine alleinige Fokussierung auf Bergbau ist nicht der richtige Weg, so das Red Muqui. Das Land Peru hat viel mehr zu bieten. Es fordert, dass diese Sektoren NICHT mehr die dominanten Sektoren sein sollen, so wie es vor der Pandemie war. Es fordert also KEIN zurück zum business-as-usual Modell. In diesem Rahmen, und um eben eine Contra-Narrative zu schaffen, hat das Red Muqui einige Forderungen neulich publiziert, die für den Bergbausektor relevant sind:

- Die staatlichen Umweltkontrollmechanismen und institutionen dürfen nicht geschwächt, sondern müssen gestärkt werden. Sie dürfen sich nicht den Interessen und dem Druck der Unternehmen unterwerfen. Zudem müssen sie effektiver kontrollieren und auch sanktionieren bei Umweltverößen.
- Dies muss ergänzt werden durch die Arbeit der Gemeinde-Umweltkomitees. Dieses müssen jetzt gestärkt werden und gesetzliche Unterstützung erhalten. Daher hat das Red Muqui einen Gesetzesentwurf erarbeitet, um Gemeinde-Kontrollkomitees zu stärken und gesetzlich anzuerkennen. Die Idee des Gesetzes ist nicht, das staatliche Umweltüberwachungssystem zu ersetzen, sondern es zu ergänzen. Und es soll sichergestellt werden, dass die Berichte der Komitees einen präventiven Charakter haben

und den staatlichen Organisationen Informationen zur Verfügung gestellt werden können, um die Einhaltung ihrer Arbeit und Kompetenz zu verbessern. Es versteht sich von selbst, dass dies in diesem Kontext der Pandemie eine echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen hervorrufen würde und vor allem, dass sie es sind, die die Pflege und Überwachung der Gewässer, der Flora und der Fauna in den Territorien übernehmen.

- Zudem braucht es dringend eine Umsetzung einer Politik der Raumordnungsplanung. Darin muss festgehalten werden, wo Bergbauaktivitäten entwickelt werden sollen und wo nicht, wobei die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen gewährleistet sein muss und es dringend notwendig ist, die Nutzung des Territoriums so zu planen, dass die territoriale Ordnung einen verbindlichen Charakter hat und unter Beteiligung der regionalen Regierungen.
- Ausserdem ist der Schutz und die Erhaltung der Wassereinzugsgebiete elementar, um diese frei von einer Bergbauausbeutung zu halten, weil sie einen hohen ökologischen, kulturellen und sozioökonomischen Wert besitzen. Zu diesem Zweck sollte die nationale Wasserbehörde bereits die Kriterien zur Bestimmung der Quellgebiete umsetzen, um deren Erhaltung zu gewährleisten.
- Darüber hinaus muss zwingend die Wirtschaft diversifiziert werden, um mit einer breiteren Industrie und diversifizierten Gewerbezweigen weniger abhängig vom Weltmarkt zu sein und mehr Arbeitsplätze im Land zu schaffen.
- Dies geht in Peru vor allem mit einer starken Förderung der ökologischen und familiären Landwirtschaft (bisher größter Arbeitgeber landesweit). Dies ist der Sektor, der die meisten Lebensmittel produziert. Jedoch sind es gerade diese Gebiete, die momentan durch große Bergbauprojekte bedroht sind, wie z.B. die Region Tambogrande, das Mantaro-Tal oder das Tambo-Tal.

Landwirtschaft statt Bergbau fördern

Der Fall Tía Maria scheint die Synthese dessen zu sein, was der Kontrast zwischen Bergbau und Landwirtschaft in Peru bedeutet: Die Regierung will im Tambo-Tal ein Bergbauprojekt durchsetzen, das Wirtschafts- und Privatinteressen dient und die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung missachtet. Hier vertritt das Muqui-Netzwerk die Meinung, dass für eine wirtschaftliche Reaktivierung der Region alternative territoriale und lokale Aktivitäten gefördert werden sollten, zum Beispiel eine Landwirtschaft, die die Ernährung der Peruaner und Peruanerinnen auch in Krisenzeiten gewährleistet.

Wir denken, dass jetzt der Zeitpunkt ist, um in Peru ehrlich und demokratisch darüber zu diskutieren, zu welchem Modell das Land zurück möchte. Die ist eine Frage, die auch in Deutschland und weltweit gestellt werden sollte.

Mattes Tempelmann (Fachkraft von COMUNDO beim bergbaukritischen Netzwerk Red Muqui) und Edwin Alejandro Berrospi (Umweltingenieur bei Red Muqui)

7. Die Ernte schafft es nicht auf den Markt

Perus Kleinbauern leiden unter dem Lockdown. Die Agrarindustrie dagegen profitiert.

Allein für den Ausblick von seinem Kartoffelfeld auf die Andenkette und den darunterliegenden Paca-See könnte Pedro Torres Geld verlangen. Doch im Mai 2020 blickt der Kartoffelproduzent aus den peruanischen Zentralanden besorgt auf den Feldweg, der von Jauja nach Paca führt. Kein Auto ist in Sicht. Vor Corona hatte Pedro Torres alle zwei Wochen seine Kartoffeln zum Verkauf in die Hauptstadt Lima und jede Woche auf den Markt ins nahe Jauja geschickt.

Seit Mitte März herrscht der Corona-Lockdown in Peru: Betriebe, Schulen, Geschäfte sind geschlossen, die Menschen dürfen nur zum Einkaufen das Haus verlassen. Obwohl Lebensmittellieferanten davon ausgenommen sind, fährt kein Lastwagen das kleine Dorf in den Zentralanden an. Ein eigenes Auto hat Torres nicht. Auf 2,5 Hektar baut er Kartoffeln an und bewirtschaftet damit einen der rund zwei Millionen landwirtschaftlicher Familienbetriebe, die Peru mit 70 Prozent aller Lebensmittel versorgen. Doch die Covid-19-Pandemie hat sie in die Krise gestürzt. „Der Preis für Kartoffeln ist seit Corona um die Hälfte gefallen“, sagt Torres.

Nachfrage nach Lebensmitteln um 30 Prozent gefallen

Weil Tausende Bauern wie Torres ihre Ernte wegen des Lockdowns nicht auf den Markt bringen konnten, sollte man eigentlich einen Preisanstieg erwarten. Aber auch die Nachfrage nach Lebensmitteln ist um rund 30 Prozent gefallen, schätzt der Agrarökonom Eduardo Zegarra. Zum einen durften viele Peruaner nicht mehr arbeiten. Sie verdienten damit auch kein Geld mehr und reduzierten ihren Verbrauch aufs Notwendigste. Zum anderen sind der Tourismus und die nun geschlossenen Restaurants als Kunden weggefallen. Und schließlich haben die heimischen Produzenten noch Konkurrenz aus dem Ausland bekommen.

Zegarra hat die Lebensmittelimporte während des strengen Lockdowns zwischen März und Juli mit den [Einfuhrzahlen aus dem Vorjahr verglichen](#). Das Ergebnis überrascht: Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwischen März und Juni 85 Prozent mehr Reis und sogar 182 Prozent mehr Zucker importiert. Auch bei Milchpulver und gelbem Mais ist die Importmenge stark gestiegen.

Keine Zölle auf Agrarimporte

Alle vier Lebensmittel werden auch in Peru produziert. „Die Agrarindustrie hat die Chance genutzt und vermehrt Lebensmittel eingeführt“, sagt Zegarra. Das schade nicht nur den Familienbetrieben, sondern sei auch zum Nachteil der peruanischen Konsumenten. „Der importierte Mais ist genmanipuliert“, sagt Zegarra. Zudem seien vielen Importprodukte stark weiterverarbeitet und deshalb weniger nahrhaft. Seit dem Jahr 2008 erhebt Peru praktisch keine Zölle mehr auf eingeführte Agrarprodukte. Freihandelsabkommen unter anderem mit den USA und mit der EU erlauben den freien Warenverkehr ohne jegliche Schutzmechanismen.

Für die peruanischen Milchbauern ist das besonders fatal. Wer in die Milch- und Käsetheke eines peruanischen Supermarktes schaut, fühlt sich nach Europa versetzt: Allgäuer Camembert liegt neben französischem Brie und holländischem Maasdammer. Haltbare Milch aus Polen sticht im Preisvergleich alle peruanischen Marken. An keinem dieser Importprodukte hat es während des Lockdowns gefehlt.

„Von drei Bechern Milch ist einer importiert“, sagt Climaco Cardenas, der Vorsitzende der Vereinigung der peruanischen Milchbauern Agalep sowie des Bauerngremiums CONVEAGRO. Die importierten Milchprodukte wurden in ihren Herkunftsländern subventioniert und können so die peruanischen Produkte im Preis unterbieten.



Pedro Torres in Paca bei Jauja Foto: Hildegard Willer

Milchwagen kommen nicht mehr in die Dörfer

Die Frachtschiffe aus Europa und den USA legten weiterhin im Hafen von Callao an, während die Milchwagen während des Lockdowns die kleinen Dörfer und Weiler in den Anden nicht angefahren haben. „Und oft wird der Käse im Gepäck der Passagierbusse transportiert. Aber die Busse führen

nicht mehr“, sagt Cardenas. Seit Juli funktioniert der Transport im Durchschnitt mit 80 Prozent der Kapazität vor Corona. „Aber die Frachtpreise sind immer noch hoch“, sagt Cardenas. Und weil das Coronavirus noch lange nicht eingedämmt ist, stellt der Staat immer wieder einzelne Regionen unter Quarantäne.

Die Bauern in den Anden und anderen abgelegenen Gebieten hätten deswegen fast die Hälfte ihres Einkommens eingebüßt, erklärt Cardenas. Insgesamt 452.000 Milchbauern gibt es in Peru. Etwa 95 Prozent von ihnen besitzen weniger als 20 Kühe, die zudem im Durchschnitt nur rund 6,5 Liter Milch pro Tag geben. Im Vergleich zu den 22 Litern pro Tag von europäischen oder neuseeländischen Hochleistungskühen sind das Peanuts.

Aber die peruanischen Milchbauern wären wettbewerbsfähig, wenn sie Geld in besseres Futter investieren könnten, sagt Cardenas. Dann würden die Kühe auch mehr Milch geben. Nur habe der peruanische Staat kein Interesse, Kleinbauern zu fördern. Es sei einfacher, große und billige Mengen aus dem Ausland zu importieren und im Gegenzug die in Peru industriell angebauten Spargel, Avocados und Weintrauben zu exportieren. Aber die Menschen in Peru leben nicht von Spargel, Avocado und Weintrauben, sondern ernähren sich von Käse, Reis und Kartoffeln.

Kartoffeln via Whatsapp und Motorrad

Während die meisten landwirtschaftlichen Familienbetriebe zur Zeit des Lockdowns große Einbußen hatten, machten ein paar Kartoffelbauern aus den Zentralanden aus der Krise ein Geschäftsmodell. Aguapan ist ein Zusammenschluss von hundert Kartoffelbauern aus den Zentralanden, denen die Artenvielfalt der Kartoffeln ein Anliegen ist. Mindestens 50 Sorten muss ein Bauer anbauen, um bei Aguapan Mitglied zu werden. Vor der Pandemie verkauften sie ihre Produkte auf Märkten in Lima. Dort haben die einheimischen Kartoffelsorten in den vergangenen Jahren eine kleine, aber exquisite Kundschaft gefunden.

Mithilfe eines Unterstützerkreises in der Hauptstadt Lima hat Aguapan während des Lockdowns einen Lieferdienst aufgezogen. Miski Papa, leckere Kartoffel, nennt er sich. Jede Woche bringt ein jeweils anderer Produzent rund 400 Kilo seiner Kartoffeln nach Lima. Über Whatsapp werden sie verkauft und per Auto und Motorrad direkt an den Verbraucher ausgeliefert. Die Kunden kommen vor allem aus dem reichen Stadtteil Miraflores und sind bereit, umgerechnet rund 1,50 Euro für ein Kilo der einheimischen Kartoffelsorten zu zahlen. Es handelt sich um einen absoluten Nischenmarkt – aber ein paar Kartoffelbauern hoch oben in den Anden haben dadurch die Coronakrise bisher finanziell überstanden.

Hildegard Willer

(Der Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift *welt-sichten* <https://www.welt-sichten.org/artikel/38004/die-ernte-schafft-es-nicht-auf-den-markt>)

8. Kurz gemeldet – August 2020

Trotz Corona: Exporte gestiegen

Das peruanische Außenhandelsministerium meldet, dass die Exporte aus sechs Regionen des Landes trotz der Corona-Krise in den ersten vier Monaten des Jahres gestiegen sind. Exporte aus der Amazonasregion Loreto haben um 262% zugenommen, vor allem dank des Anstiegs der Erdöl- und Holzexporte. Aus der Region San Martín wurden 42% mehr Lebensmittel exportiert: Reis, Kaffee und Palmöl wurden vor allem nach Kolumbien geliefert. Auch der Bergbausektor trägt zur Exportsteigerung bei: Das Exportvolumen von Kupfer aus der Region Apurímac stieg – trotz fallender Preise – um 36% auf 475 Mio. US Dollar. Das Kupfer kommt vor allem aus der Mine Las Bambas, um die es starke soziale Konflikte gibt, und wird hauptsächlich nach China exportiert. Auch die Kupfer- bzw. Goldexporte aus den Regionen Pasco, Puno und Junín sind gestiegen. Und Puno hat im Vergleich zum Vorjahr fast dreimal mehr Ingwer in die USA und die EU exportiert.

(Pressemitteilung des Außenhandel- und Tourismusministeriums vom 24.6.2020)

Verfassungsgericht erkennt Grundrecht auf Proteste an

Am 6. Juli hat das Verfassungsgericht ein historisches Urteil für die Menschenrechtsbewegung in Peru gefällt. In einem Prozess um Artikel 200 des Strafgesetzbuches, in dem der Straftatbestand der Nötigung geregelt ist, hat das Gericht zum ersten Mal das Grundrecht auf sozialen Protest als Recht mit Verfassungsrang anerkannt und verbindlich festgeschrieben. Damit stellt es eine im peruanischen Staat tief verankerte Haltung in Frage, die soziale Proteste in aller Regel mit Chaos und Angriff auf die öffentliche Ordnung und die politische Stabilität verbindet. Die Klarstellung, dass sozialer Protest ein Grundrecht und keine rechtsverletzende Provokation von Chaos und Unordnung ist, sei das wichtigste Signal an diesem Urteil, meint die Menschenrechtsorganisation Instituto de Defensa Legal (IDL). Mit der Anerkennung als Grundrecht mit Verfassungsrang kann das Recht auf sozialen Protest zukünftig von keiner staatlichen Instanz in Frage gestellt, modifiziert oder verletzt werden. Das Verfahren war von der Anwaltskammer Puno angestrengt worden, unterstützt von IDL und anderen Menschenrechtsorganisationen.

(<https://idl.org.pe/tribunal-constitucional-reconoce-por-primera-vez-el-derecho-fundamental-a-la-protesta/>)

Das Volk der Awajún in Gefahr

Die schnelle Ausbreitung von COVID-19 bedroht die Existenz der Awajún. Die Berichte des Gesundheitsministeriums über die Infektionszahlen enthalten keine Zahlen über die indigenen Völker. Das macht die Umsetzung von Schutzmaßnahmen schwieriger. Nur die regionalen

Gesundheitsämter von Loreto, Ucayali und Amazonas beziehen in ihre Berichte auch Zahlen über die betroffenen Indigenen ein. Mindestens 2800 der in den drei Regionen bestätigten Fälle sind Indigene. Eine vor zwei Monaten gegründete bereichsübergreifende Kommission soll Strategien zum Schutz und zur Behandlung der indigenen Völker entwickeln. Bisher sind keine konkreten Aktionen der Kommission bekannt geworden.

(<https://www.servindi.org/actualidad-noticias-producciones-audios-ronda-informativa-indigena-radioteca-audios/24/07/2020>)

Warum fürchtet sich Peru vor Escazú?

Nein, hier handelt es sich nicht um ein neues Virus. Das Abkommen von Escazú heißt vollständig: Regionales Abkommen über den Zugang zu Informationen, öffentlicher Teilhabe und zur Justiz bei Umweltfragen in Lateinamerika und der Karibik. Es geht auf die UN-Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung in Rio, 20 Jahre nach der Erklärung über Umwelt und Entwicklung (Agenda 21, Rio, 1992) zurück. Ein wichtiger Aspekt in diesem Abkommen ist auch der Schutz von Umweltschützer*innen.

Neu ist dieses Abkommen für Peru nicht. Bereits am 27.9.2018 unterschrieb es die damalige Umweltministerin Fabiola Muñoz, sie fuhr dazu extra in die UN-Zentrale nach New York. Damit es aber in Kraft tritt, müssen es von den 22 Unterzeichnerstaaten insgesamt elf ratifizieren. Peru fehlt noch mit der Ratifizierung, also der Einbindung in nationales Recht. Die Regierung schreckt jetzt zurück. Sie will nicht wirklich ein Mehr an Mitsprache und juristischen Möglichkeiten der Bevölkerung, wenn es um Umweltfragen geht.

Die Befürworter*innen (indigene und Bauernorganisationen, Umweltverbände, Teile der Wirtschaft und auch internationale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit) zeigen auf, was alles eventuell mit einer Umsetzung dieses Abkommens hätte verhindert werden können: Großprojekte mit Regenwaldzerstörung durch die Firma Odebrecht, die Palmölplantagen, die Erdölaustritte im Regenwald, die Ermordungen von indigenen Umweltschützer*innen etc. Die Gegner*innen des Abkommens argumentieren mit Falschinformationen, etwa dass Peru mit der Ratifizierung die nationale Souveränität aufgibt. Sie sprechen sich durchaus für das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung aus, aber alles müsse gründlich abgewogen werden (20 Jahre nach Unterzeichnung), damit der Wirtschaft und der Rohstoffausbeutung keine weiteren Probleme entstehen.

Natürlich darf ein solches Abkommen nicht, wie viele andere vorher, nur auf dem Papier bestehen, sondern muss mit Leben gefüllt werden.

Die Entscheidung liegt jetzt beim – wieder vollkommen zerstrittenen und nicht effektiv arbeitendem Parlament, wo viele der Parteien schon bei taktischen Spielen wegen der nächsten Parlamentswahlen im Jahre 2021 sind.

Das Europäische Solidaritätsnetzwerk Plataforma Europa Perú (PEP), in dem die Infostelle Peru Mitglied ist, hat zusammen mit der Nationalen Menschenrechtsorganisation und anderen einen Brief an die Europäische Kommission geschrieben mit der Bitte, sich beim peruanischen Parlament für die Ratifizierung des Abkommens von Escazú einzusetzen.

(El Comercio, 21.7.20, DAR 22.7.20, Aidesep 23.7.20, La Mula 21.7.20)

Die unrühmliche Rolle des Unternehmerverbands Confiep in Corona-Zeiten

Der Unternehmerverband Confiep (Confederación Nacional de Instituciones Empresariales Privadas) hat während der Corona-Pandemie mit drei Aktionen für Diskussionen und Proteste gesorgt:

Einen Monat nach Erklärung des Ausnahmezustands schlug Confiep dem Arbeitsministerium ein Maßnahmenpaket vor, das u.a. den Unternehmen massive Entlassungen ohne besondere Begründung erlauben sollte. „Wir schlagen vor, dass Unternehmen kollektive Entlassungen automatisch und ohne vorherige Genehmigung vornehmen dürfen“, hieß es in einer Mitteilung vom 6. April. Trotz starker Kritik verabschiedete die Regierung den „Vorschlag“ von Confiep und ermöglicht den Firmen die suspensión perfecta, mit der Arbeitnehmer*innen in den unbezahlten Urlaub geschickt werden können. Bis Anfang Mai waren mindestens 200.000 Arbeitnehmer*innen davon betroffen.

Im Juni erhielten die privaten Kliniken, die für die Behandlung von COVID-19-Patient*innen horrende Preise zwischen 100.000 und 700.000 Soles (24.000 bis 170.000 Euro) verlangten, Schützenhilfe durch Confiep. Präsident Vizcarra hatte eine staatliche Zwangsverwaltung der Kliniken angedroht, wenn diese nicht zu Verhandlungen mit der Regierung über ihre Preispolitik bereit wären. Confiep appellierte nicht an die Solidarität der Privatkliniken in diesen Krisenzeiten, sondern zeigte sich im Gegenteil „überrascht und sehr besorgt“. Die Botschaft des Präsidenten verunsichere nationale und internationale Investoren und zerstöre das Vertrauensverhältnis zwischen Unternehmen und Staat. Trotz der Intervention der Confiep gelang eine Einigung: Der Staat zahlt den Kliniken für eine Behandlung auf der Intensivstation 55.000 Soles (13.000 Euro).

Und zuletzt hat sich Confiep zum Abkommen von Escazú geäußert: Dieses internationale Abkommen, das Prinzipien des Rechts auf Information, der öffentlichen Bürgerbeteiligung und der Einhaltung von Umweltstandards sichern soll, soll der peruanische Kongress, wenn es nach der Confiep geht, nicht ratifizieren. Das Abkommen sei eine Absage an die Souveränität der privaten Unternehmen (siehe auch obenstehende Meldung „Warum fürchtet sich Peru vor Escazú?“).

(<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/24/07/2020/edit-que-es-la-confiep-y-como-ha-actuado-en-la-pandemia>)

Peru verliert die Hälfte seiner Gletscher

Nach einem Bericht der Nationalen Wasserbehörde ANA hat Peru in den letzten 50 Jahren 51% seiner Gletscherflächen verloren. Grund dafür ist die Klimaerwärmung. Der 5200 Meter hohe Pastoruri, eines der touristischen Highlights im Nationalpark Huascarán, ist der am meisten betroffene Berg. Er hat mehr als 50% seiner Schneeoberfläche verloren. Zwischen 1980 und 2019 ist er um mehr als 650m zurückgegangen. Das Schmelzwasser hat einen neuen See geformt, der immer weiter wächst. Aufgrund der Gletscherschmelze bilden sich immer mehr Seen. In den 18 schneebedeckten Gebirgszügen Perus gibt es inzwischen mehr als 8000 Seen.

(<https://www.elcomercio.com/tendencias/glaciares-peru-retroceden-cambio-climatico.html> am 5.7.20)

Umweltverträglichkeitsstudie zum Hafenausbau in Paracas abgelehnt

Am 25. Mai wurden mit Genehmigung der Regierung die Arbeiten für den Ausbau des Hafenterminals General San Martín in Paracas wiederaufgenommen. 400.000 Tonnen Mineralien und Konzentrate sollen dort gelagert und exportiert werden. 5000m² Meeresgrund soll auf eine Tiefe von 14 Meter ausgebaggert werden.

Nun hat die Nationale Umweltzertifizierungsbehörde für nachhaltige Investitionen (Senace) die Änderung der Umweltverträglichkeitsstudie, die die Hafengesellschaft im April 2018 für den Hafenausbau beantragt hatte, abgelehnt.

(<https://lamula.pe/2020/07/27/reserva-nacional-paracas-mineria-senace-terminal-portuario-resolucion-desaprueba/jorgepauca/>)

Zusammengestellt von Annette Brox und Heinz Schulze

9. Anhaltender Sauerstoffmangel: Linde AG mitverantwortlich?

Die Infostelle Peru hat einen offenen Brief an die Linde AG geschrieben. [20200723 ISP Offener Brief Sauerstoffmangel in Peru](#) und inzwischen Antwort erhalten [Letter Linde to Informationsstelle Peru Aug 10 2020 signed ML and KD \(1\)](#)

Das Coronavirus hat inzwischen auch die Anden erreicht und die Menschen sterben, weil sie nicht rechtzeitig Sauerstoff bekommen. Kardinal Barreto von Huancayo bittet deswegen die Firma

Linde, dass sie die stillgelegte Sauerstoffanlage in der alten Metallschmelze von La Oroya wieder instand setzen .

<https://www.domradio.de/themen/weltkirche/2020-08-11/peru-ringt-um-sauerstoff-kardinal-barreto-macht-deutschen-konzern-mitverantwortlich>

10. Verhinderte „Voluntarios“ zeigen Solidarität

Sechs peruanische Freiwillige aus Iquitos konnten wegen Corona nicht nach Freiburg reisen. Stattdessen organisierten sie Hilfsaktionen für Bedürftige bei sich zu Hause.

Die Krise, die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöst wurde und die viele Länder noch nicht überwunden haben, war keine Überraschung. Wir sahen mit Angst und Neugier in den Nachrichten, wie sich das Virus nach und nach näherte, aber es wurden lange keine konkreten Maßnahmen getroffen.

In Peru gab es den ersten bestätigten Fall am 6. März; ein junger Mann, der von seinem Urlaub in Europa zurückkehrte, war der sogenannte „Patient Null“. Zehn Tage später rief die Regierung einen nationalen Notstand aus, damit einhergehend die verpflichtende soziale Isolation (Quarantäne) und zwei Tage später die Schließung aller Grenzen (Meer, Land und Luft).

Strenge Quarantänemaßnahmen

In den Augen der Welt war Peru eines der Länder mit den strengsten Quarantäneregelungen und den schnellsten Maßnahmen in Lateinamerika. Und tatsächlich: Etwas mehr als drei Monate verbrachten wir in obligatorischer sozialer Isolation, d.h. wir durften nur außer Haus gehen, um Lebensmittel und Medikamente zu kaufen, wenn wir nicht dem Gesundheitssystem, der Polizei oder dem Militär angehörten, Lebensmittel oder Medikamente verkauften, Beschäftigte im Reinigungs- oder im Transportwesen waren. Eine nächtliche Ausgangssperre wurde eingeführt, in einigen Regionen von 4 Uhr nachmittags bis 5 Uhr morgens. Auch der Beginn des (Online-) Schuljahres wurde verschoben auf den 6. April, an einigen Universitäten und Instituten begann der Unterricht noch später.

Eine der umstrittensten Maßnahmen war das „Pico y placa nach Geschlecht“ ab dem 3. April. Es wurde beschlossen, dass Männer montags, mittwochs und freitags das Haus verlassen durften, Frauen hingegen dienstags, donnerstags und samstags. Sonntags galt eine generelle Ausgangssperre. Diese Maßnahme wurde bald zurückgenommen, da sie die Diskriminierung von Personen verstärkte, die sich nicht mit einem dieser beiden Geschlechter identifizierten; es gab Fälle von Gewalt gegen Transsexuelle in verschiedenen Teilen des Landes vonseiten einiger

Polizist*innen und Militärs. Vor allem aber waren es Tage des großen Chaos und möglicherweise auch der Zunahme von Ansteckungsfällen: An den Tagen, an denen Frauen außer Haus gehen durften, waren die Märkte völlig überfüllt. In Gesellschaften, in denen zwischen den Geschlechterrollen eine sehr große Kluft besteht, bleiben die Haushaltsaufgaben wie Kochen und Einkaufen hauptsächlich an Frauen hängen und belasten diese zusätzlich zu einer möglichen Erwerbsarbeit. Auch wurde nicht berücksichtigt, dass es in Peru viele Familien gibt, die Frauen als Familienoberhaupt haben in Folge der Abwesenheit eines Vaters. All dies spiegelte ein großes Desinteresse des Staates an der Schaffung einer integrativen Gesellschaft und an der Verringerung der Kluft zwischen den Geschlechterrollen.



Freiwillige in Iquito übergeben Hilfspakete. Foto: Victor Alava Guevara

Das Amazonasgebiet besonders betroffen

So viel Zeit zuhause hat Konsequenzen, insbesondere in einem Land, in dem die informelle Wirtschaft stärker wächst als die formelle. Dies bedeutet konkret, dass Familien, die nicht arbeiten gehen können, nichts zu essen haben. Da diese Not der Regierung bekannt ist, versuchte diese, mit einer Einmalzahlung von 380 Soles (ca. 98 Euro) für schutzbedürftige Familien und Selbstständige gegenzusteuern. Diese Maßnahme wurde stark kritisiert, da durch den Betrag nicht einmal die Kosten eines einfachen Lebensmittelpakets gedeckt werden und außerdem nicht alle bedürftigen Familien erreicht wurden. Der Hunger zwang viele Menschen, ihr Haus trotz des Verbots zu verlassen und irgendwie etwas zu essen zu finden, wodurch sie sich der Gefahr einer

möglichen Ansteckung aussetzten und das Virus weiter verbreiteten. Einer der am stärksten betroffenen Staaten in Peru war der Staat Loreto. In seiner Hauptstadt Iquitos wurde am 17. März der erste Fall von Covid-19 festgestellt. Durch die mangelnde Verfügbarkeit von Trinkwasser, den schwierige Zugang zu den teils abgelegenen Gebieten, die wenigen Betten in Krankenhäusern, die Erhöhung der Lebensmittelkosten, Desinformation und vieles mehr waren sehr schnell viele Menschen betroffen. Hinzu kommt, dass die Menschen in Loreto seit letztem Jahr (Oktober 2019) mit einer Dengue-Epidemie konfrontiert sind.

Vielfältige Solidarität

In Krisenzeiten zeigt sich Solidarität stärker; vielleicht taucht sie mit zunehmender Bedürftigkeit und / oder Empathie auf. Überall gibt es Menschen, die immer nach Wegen suchen, um die Schicksalsschläge für andere in ihrem Umfeld zu mildern, obwohl sie selbst wenig haben.

Lima ist eine der größten und am stärksten von Ungleichheit geprägten Städte Lateinamerikas. Dies zeigte sich auch in der Pandemie, als in einigen Distrikten alle Regeln ohne Probleme eingehalten werden konnten und manche die Ausgangssperre als eine Art Urlaub zu Hause betrachteten. In anderen Distrikten wurden weiße Fahnen an die Haustüren gehängt um darauf aufmerksam zu machen, dass in diesem Haus kein Essen mehr vorhanden war. Es gab ganze Blöcke und Nachbarschaften mit diesen Flaggen.

Angesichts dessen organisierte sich die Bevölkerung. Ein Beispiel dafür waren die „gemeinsamen Töpfe“ (*ollas comunes*), die schon eine Reaktion auf vergangene Wirtschaftskrisen waren. Hierbei kommt eine Gruppe von Familien zusammen und alle steuern das wenige bei, was sie haben, um für alle Frühstück, Mittag- oder Abendessen zu ermöglichen.

Die *ollas comunes* tauchten im Zuge der Pandemie nicht nur in Lima, sondern auch in anderen Teilen Perus wieder auf. Außerdem halfen verschiedene Gruppen der Gesellschaft, religiöse und Freiwilligengruppen mit der Durchführung virtueller Sammelkampagnen, um die Lebensmittelkosten bedürftiger Familien decken zu können.

Eine der erfreulichsten Entwicklungen war, dass dank der Solidarität vieler Menschen und Vereine auf Betreiben des Leiters des Vikariats von Iquitos, Pater Miguel Fuertes, der Erwerb einer Sauerstoffanlage gelang. Diese war dringend nötig, um der Covid-19-Pandemie in der Region Iquitos/Loreto wirksam begegnen zu können. *(Inzwischen sind viele Diözesen und Pfarreien dem Beispiel von Iquitos gefolgt und haben Spenden für eigene Sauerstoffanlagen gesammelt, d.Red.)*

Und so entstanden verschiedene Initiativen, um dieser Krise zu begegnen.



Unterwegs mit Hilfspaketen in Iquitos. Foto: Victor Alava Guevara

Ehemalige und verhinderte „Voluntarios“ zeigen Solidarität

Nach meinem einjährigen Freiwilligendienst in Deutschland wurde ich Co-Vorstand beim Verein „Yanapachikun immer“ („Freiwillige immer“: eine Mischung aus Süd-Quechua und Deutsch). Der Verein besteht aus ehemaligen Freiwilligen, die ihren Freiwilligendienst über das VAMOS!-Programm in Deutschland gemacht haben. Ende 2019 war ich an der Auswahl des neuen Jahrgangs des VAMOS!-Programms beteiligt, wo ich die neuen jungen Menschen kennenlernte, die ihren Freiwilligendienst in Deutschland planten.

Vier von ihnen kommen aus Lima, sechs weitere aus Iquitos. Geplant war ihr Freiwilligendienst von August 2020 bis August 2021; infolge der Pandemie musste der Beginn ihres Dienstes voraussichtlich Februar 2021 verschoben werden. Ab diesem Zeitpunkt brauchen sie Gastfamilien in Deutschland, die sie beherbergen, während sie ihre Freiwilligenarbeit leisten. Die anderen Verantwortlichen des VAMOS!-Programms und ich waren besorgt um die künftigen Freiwilligen in Iquitos. Aber als wir sahen, dass die Not in Iquitos immer weiter zunahm, reagierten wir, indem wir uns organisierten und die vorhandenen Mittel wie etwa das Internet und die Freundschaften sowohl in Peru als auch in Deutschland nutzten. Wir beschlossen, eine Sammelkampagne zu starten, um Familien in dem Viertel Belén in Iquitos Körbe mit Grundnahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Die künftigen Freiwilligen in Iquitos erklärten sich trotz des Risikos und der Anstrengung, die mit dem Kauf und der Verteilung von Lebensmitteln an die am stärksten gefährdeten Familien

verbunden sind, bereit, diese Kampagne durchzuführen – ohne sie wäre dies nicht möglich gewesen.

227 Familien erreicht

Ich erinnere mich, dass ich zu Beginn der Aktion mit Hoffnung und auch Furcht das Ziel ausgab, 100 Familien zu erreichen. Dank der Zusammenarbeit und Mithilfe verschiedener Freunde und Bekannter konnten schließlich 227 Familien in 12 verschiedenen Gemeinden in Belén-Iquitos erreicht werden: "8 de diciembre", "pueblo joven nuevo liberal", Asentamiento Humano 6 de octubre", "San José", "San Francisco", "Soledad", "28 de julio", "San Carlos", "Santa Bárbara", "05 de diciembre" y "Esperanza".

Trotz aller Hilfe, der Solidarität vieler Menschen und der weiterhin vorhandenen großen Hilfsbereitschaft, sowohl bei uns als auch bei vielen anderen Menschen, bleibt angesichts der geringen Effizienz der Regierung weiterhin großer Bedarf an Aktionen. Es leiden diejenigen am meisten, die am weitesten von Formalität, Hochschulbildung, guter Ernährung und dem Weg zu ihren Träumen entfernt sind. Derzeit gehört Peru nach den USA, Brasilien, Indien und Russland zu den Top 5 Ländern mit der höchsten Sterblichkeitsrate von Covid-19. Heute, am 15. Juli, sind in Peru bereits 12 229 Menschen im Zusammenhang mit Covid-19 gestorben. Während die Nachrichten sagen, dass ein wirksames Medikament noch auf sich warten lässt, erfindet sich Peru wie viele andere Länder auch neu. Die Menschen suchen nach Wegen, um die Krise zu überwinden, und es entsteht Solidarität zwischen Menschen, die bereits andere Krisen überwunden haben. Es kümmern sich junge Menschen um andere, die sich einst um uns gekümmert haben, und um die Kinder, die zuhause eingesperrt der Grund sind, weiterhin alles zu geben.

Barbara Alagón Choquehuamani, 15.07.2020. Bárbara Alagon war von 2018 bis 2019 ein Jahr als Freiwillige in Deutschland (VAMOS!-Programm, weltwärts) und hat im Kindergarten St. Peter und Paul in Lahr gearbeitet. Jetzt ist sie Co-Vorstand im Verein Yanapachikun immer, ein Verein von peruanischen Ex-Freiwilligen. Übersetzung: Luca Weigand

Literatur und Links:

<https://www.emol.com/noticias/Internacional/2020/04/17/983407/Coronavirus-medidas-Peru-paises.html>

<https://www.gob.pe/institucion/mtc/noticias/108949-gobierno-dispone-el-cierre-de-las-fronteras-durante-estado-de-emergencia-nacional-por-15-dias>

<https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-52413260>

11. ISP-News – August 2020

Neuigkeiten und Interna aus der Infostelle Peru

30 Jahre Infostelle

Bisher konnten wir unser 30jähriges Jubiläum corona-bedingt noch nicht feiern. Aber wir haben zum Jubiläum einen Text mit Rückblick auf die Geschichte der Infostelle, Informationen zu unserer Arbeit und einigen Überlegungen für die Zukunft geschrieben. Der Text soll den einen als Einblick in unsere Geschichte und unsere Arbeit, den anderen als Erinnerung und Rückbesinnung dienen. Er kann hier heruntergeladen werden [30 Jahre Informationsstelle Peru](#)

Sauerstoffmangel in Peru: Die Infostelle schreibt der Firma Linde

Die Situation der Corona-Pandemie in Peru ist immer noch dramatisch – wir berichten auch in diesem Info-Peru wieder darüber. Ein großes Problem ist dabei der Mangel an Sauerstoff und die völlig überhöhten Preise für Sauerstoff (siehe InfoPeru Nr. 71). Die Firma Linde mit Sitz in Pullach bei München ist eines der beiden marktbeherrschenden Unternehmen der Sauerstoffproduktion in Peru. Die Infostelle hat deshalb einen [Brief an Linde](#) mit einigen kritischen Fragen zur Sauerstoffversorgung in der Corona-Krise geschrieben.

Deutsches Lieferkettengesetz: gemeinsame Stellungnahme der Kampagne Bergwerk Peru und der Informationsstelle Peru

Infostelle und Bergbau-Kampagne sind als Unterstützerorganisationen bei der Initiative Lieferkettengesetz dabei. Jetzt haben sie gemeinsam eine [Stellungnahme](#) herausgegeben, in der sie deutlich machen, wie wichtig ein solches Gesetz auch für Mensch und Umwelt in Peru ist (siehe auch Artikel in diesem InfoPeru). In Freiburg hat die Infostelle außerdem ein lokales Bündnis für ein Lieferkettengesetz mitbegründet.

Keine Abholzung im Regenwald zur wirtschaftlichen Wiederbelebung nach Corona

Die peruanische Regierung will zur wirtschaftlichen Wiederbelebung auch Abholzungen im Regenwald zulassen. Weil wir das für unverantwortlich halten, hat die Infostelle die deutsche Regierung aufgefordert, keine staatlichen Schutzmaßnahmen für den Regenwald mehr zu unterstützen, solange die Regierung Abholzungen nicht konsequent verbietet und verfolgt. Von unserem Brief haben wir im letzten InfoPeru berichtet.

Zwei Antworten fielen sehr kurz aus: Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) schrieb, wir sollten uns an die zuständigen Ministerien wenden, in deren Auftrag sie tätig sei. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat uns geantwortet, dass auch sie die aktuelle Entwicklung im peruanischen Waldsektor sehr genau beobachteten.

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat in seinem Antwortschreiben betont, für die Bundesregierung sei es „von größter Bedeutung, die negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Klima und die Biodiversität, aber auch auf indigene Bevölkerungsgruppen so gering wie möglich zu halten.“ Dies unterstütze das BMU mit der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) und anderen Projektförderungen. „Mit diesem Paket wollen wir auch Peru dabei unterstützen, den Neustart der Wirtschaft klima- und biodiversitätsfreundlich zu gestalten. Auch die sich verschärfende Problematik der Entwaldung ist bekannt und wird adressiert“, heißt es in dem Antwortschreiben weiter. Und: „Besonders in der aktuellen Situation ist es uns wichtig, unsere Projektpartner und Zielgruppen weiter zu unterstützen. Ein Stopp von Waldschutzprojekten der IKI ist daher nicht vorgesehen.“

Ein weiterer Brief der Infostelle, in dem wir uns mit den Waldschutzprogrammen auseinandersetzen, ist in Vorbereitung.

Infostelle unterzeichnet Aufruf zur Schuldentilgung:

Corona-Pandemie verschärft die Schuldenprobleme der Länder des Globalen Südens

„Angesichts der dramatischen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 auf hunderte Millionen Menschen in Ländern des Globalen Südens, fordern wir, die unterzeichnenden Organisationen, eindringlich:

- die Streichung aller im Jahr 2020 fälligen Schuldendienstzahlungen an das Ausland,
- die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Nothilfe in Form von Zuschüssen.“

So beginnt der [Aufruf](#), koordiniert von der Jubilee Debt Campaign (Großbritannien), den die Infostelle Peru zusammen mit 272 anderen Organisationen in verschiedenen Ländern unterzeichnet hat. Die Streichung würde allein für 2020 25,5 Milliarden US-Dollar für die Bekämpfung des Virus freisetzen.

Das Thema der Überschuldung Perus hat eine lange Geschichte in der Arbeit der Infostelle Peru. Bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens hat die Infostelle immer wieder auf die verheerenden Folgen der Schuldendienstzahlungen und der Strukturanpassungsprogramme der Gläubiger für Peru hingewiesen: Peru wurde gezwungen, seine staatlichen Ausgaben herunterzufahren, das Ergebnis waren Kürzungen im Bereich Gesundheit und Bildung und z. B. die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel. Die Zahlung des Schuldendienstes hatte absoluten

Vorrang. Die Langzeitfolgen dieser Politik sind bis heute in Peru spürbar, auch wenn Peru seit vielen Jahren keine Schuldenprobleme mehr hat.

Der Aufruf auf Spanisch und die Liste aller unterzeichnenden Organisationen findet sich [hier](#).

Erklärung der Plattform Europa Peru zu neuen Konflikten in Espinar

Als Mitglied der Plataforma Europa Peru (PEP) hat die Infostelle Stellung zu den aktuellen Konflikten in Espinar bezogen. In einer [öffentlichen Erklärung](#) verurteilt die PEP das gewaltsame Vorgehen der Streitkräfte gegen Protestierende. Am 15. Juli hatten verschiedene Organisationen zum Streik aufgerufen, um beim Unternehmen Glencore, das in ihrer Nähe die Kupfermine Antapaccay betreibt, eine finanzielle Unterstützung für die Bevölkerung in der Corona-Krise einzufordern. Aus Sicht der Organisationen ist Glencore durch den 2003 abgeschlossenen Rahmenvertrag zu einer solchen Zahlung verpflichtet (siehe auch Artikel von Vanessa Schaeffer in dieser Ausgabe).

Die PEP fordert ein sofortiges Ende der Kriminalisierung und Verfolgung der Proteste und die Aufklärung von gewalttätigen Akten gegen Menschenrechtsverteidiger*innen. Es müsse unverzüglich ein ernsthafter Dialog zwischen der Regierung und der Bevölkerung initiiert werden, um die Konflikte auf friedliche Weise zu lösen.

Zusammengestellt von Annette Brox

12. Etappenziel erreicht: Merkel stellt sich hinter Lieferkettengesetz

Dass ein deutsches Lieferkettengesetz die Menschenrechte auch in Peru besser schützen könnte, hat das Online-Seminar der Infostelle Peru zur Kupfermine Antapaccay deutlich gemacht.

Kupfer wird nicht nur in der Autoindustrie, sondern auch für die sogenannten Zukunftstechnologien – Computer, Elektromotoren, Windräder – gebraucht. Die Nachfrage steigt. Etwa 25 Prozent des Kupfers bezieht Deutschland aus Peru. Ein Lieferkettengesetz würde Firmen wie die Kupferschmelze Aurubis verpflichten, ihre Bezugsquellen offenzulegen und Maßnahmen zu ergreifen, damit es nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung kommt. Dann würde deutlich werden, dass durch in Deutschland verarbeitetes Kupfer die Bevölkerung in der Nähe der Minen mit Schwermetallen vergiftet wird – wie etwa bei der Mine Tintaya-Antapaccay – oder dass durch Minenbetreiber mit Hilfe von Polizei oder privaten Sicherheitskräften Menschen, die gegen die Minen protestieren, verletzt oder getötet werden – wie z.B. bei der Mine Las Bambas.

Im Juli freute sich die Initiative Lieferkettengesetz über einen großen Erfolg: Mit einer Unternehmensbefragung hatte die Bundesregierung untersucht, ob sich die Unternehmen freiwillig an menschenrechtliche Standards halten. Das Ergebnis der Befragung, das Bundesarbeitsminister Heil und Bundesentwicklungsminister Müller am 14. Juli auf einer Pressekonferenz verkündeten, war ernüchternd. Nur 22 Prozent der befragten Unternehmen hatten es geschafft, den Anforderungen nachzukommen. Und dies, obwohl die Unternehmen alles dafür getan hatten, die Anforderungen für die Befragung möglichst niedrig zu halten. Die Bundesregierung hat nun schwarz auf weiß, was die Initiative Lieferkettengesetz schon lange betont: Wenn es um Menschenrechte geht, kommen wir mit freiwilligen Selbstverpflichtungen von Unternehmen einfach nicht weiter.

Der Koalitionsvertrag ist für diesen Fall eindeutig und sieht eine nationale Gesetzgebung vor. Es ist daher nur konsequent, dass die beiden Minister auf ihrer Pressekonferenz angekündigt haben, ein Lieferkettengesetz nun zügig voranzutreiben. Die Bundeskanzlerin hat sich einen Tag später hinter diese Pläne gestellt. Mehr als 200.000 Menschen haben die Petition an die Kanzlerin bereits unterzeichnet – das zeigt offenbar Wirkung. Es wäre ein großer Erfolg für die Menschenrechte!



Bundeswirtschaftsministerium darf das Gesetz nicht verwässern

Klar ist aber auch: Damit ein Lieferkettengesetz wirkt, muss es bestimmte Mindestanforderungen erfüllen. Dazu gehört, dass es neben menschenrechtlichen auch umweltbezogene Sorgfaltspflichten umfassen muss. Denn Umweltschutz und der Schutz von Menschenrechten gehören zusammen! Außerdem muss ein Lieferkettengesetz klare Haftungsregeln enthalten – sonst wird es ein Papiertiger. Wenn ein Unternehmen keine angemessenen Sorgfaltsmaßnahmen ergriffen hat und deswegen ein Schaden eintritt, dann muss das Unternehmen dafür geradestehen

und Geschädigten Schadensersatz zahlen. Verantwortlich wirtschaftende Unternehmen dagegen haben durch ein solches Gesetz nichts zu befürchten. Deshalb unterstützen nicht nur über 100 zivilgesellschaftliche Organisationen die Initiative, sondern auch über 60 Unternehmen.

Der Verabschiedung eines ambitionierten Lieferkettengesetzes sind wir ein großes Stück nähergekommen. Umso weniger dürfen wir jetzt lockerlassen!

Deshalb haben Bergbau-Kampagne und Infostelle Peru jetzt zusammen eine [Stellungnahme](#) herausgegeben, die die Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz unterstützt.

Wir müssen immer wieder deutlich machen, wie ein wirksames Lieferkettengesetz aussehen muss. Und wir müssen den öffentlichen Druck auf die Kanzlerin aufrechterhalten, damit ihrer angekündigten Unterstützung jetzt auch Taten folgen. Hier kommt die Übergabe der Petition ins Spiel, die am Mittwoch, 9. September 2020, um 12 Uhr auf der Reichstagswiese stattfinden wird. Mit einer großen Menschenkette soll das Logo der Initiative, der gesetzlichen Rahmen, nachgebildet und von oben fotografiert werden. In der Mitte wird die Gesamtzahl der Unterschriften an Merkel zu sehen sein. Damit das Bild gelingt, werden mindestens 120 Personen benötigt. Zur besseren Planung sollen sich alle, die dabei sein können, unter folgendem Link anmelden:

<https://app.smartsheet.com/b/form/d033b57f7710481d8a937cc34c52c59a>

Außerdem hat die Initiative gerade eine [Postkarten-](#) und [E-Mail-Aktion](#) gestartet, mit der Bundeswirtschaftsminister Altmaier aufgefordert wird, seine Blockade gegen das Lieferkettengesetz zu beenden.

Weitere Informationen zur Initiative Lieferkettengesetz unter <https://lieferkettengesetz.de/>

Annette Brox und Silvia Bodemer

Quelle: <https://lieferkettengesetz.de/2020/07/15/grosser-erfolg-fur-die-menschenrechte-bundesminister-kundigen-lieferkettengesetz-an>

13. Rondas Campesinas: Die Organisation als Rückgrat des Lebens

Die bäuerliche Selbst-Organisation in den nordperuanischen Anden hat lange Zeit eine Ansteckung durch das Virus verhindert.

In den nördlichen Anden Perus (Regionen Cajamarca und Piura) sind viele Bauern und Bäuerinnen in den sogenannten *Rondas Campesinas* (Verteidigungskomitees) organisiert. Diese

waren vor allem in den ländlichen Gebieten als Reaktion auf das fehlende Engagement des Staates für die Einhaltung der Menschenrechte entstanden. Während alle Regionen Perus unter dem internen bewaffneten Konflikt (1980 bis 2000) litten, blieben die Gebiete, in denen *Rondas Campesinas* aktiv waren, weitgehend verschont. Damals gaben die *Rondas Campesinas* den terroristischen Gruppen eine politische und militärische Antwort. Als Organisationen der sozialen Bewegung verfügen sie über demokratischen Strukturen. Die *Rondas* sind als Organisationen, die der Gemeinschaft dienen und zur Entwicklung und zum sozialen Frieden beitragen, gesetzlich anerkannt. Auch heute sind ihre Mitglieder, die *Ronderos* und *Ronderas*, noch aktiv. Sie leisten zum Beispiel Widerstand gegen Bergbau- und Minenkonzerne und setzen sich damit für den Schutz der Umwelt ein.

Auch in Zeiten von Corona sind *Ronderos* und *Ronderas* engagiert. Die *Nachrichtenplattform Wayka* berichtet vom Kampf der *Ronderas* in Bambamarca gegen das Corona-Virus.

Die *Rondas Campesinas* konnten erfolgreich die weitere Ausbreitung des Virus in ihren Regionen eindämmen. Die Stadt Bambamarca, Hauptstadt der Provinz Hualgayoc in der Region Cajamarca, ist hierfür exemplarisch. Bäuerinnen wie María Irma Zafra, 34 Jahre alt, sind ein Beispiel für Tapferkeit und Mut. Als Bürgerinnen beteiligen sich die *Ronderas* an der Umsetzung der von der Regierung verordneten Corona-Maßnahmen. Am 12. März verhängte die Regierung eine landesweite Ausgangssperre, um die Ausbreitung des Coronavirus' zu verhindern. Am Morgen nach der Ankündigung verließ María Irma Zafra ihr Haus in Richtung des Hauptplatzes ihrer Stadt. Sie war die einzige Frau bei einem Treffen des Sicherheitsrates der Provinz und vertrat die mehr als 40 Frauen, die Mitglieder der *Rondas Campesinas* sind. An diesem Tag trafen sich mehrere Organisationen, um über Maßnahmen zu entscheiden, die das Eindringen des neuen Coronavirus in ihre Region stoppen sollten. Früher haben die *Rondas Campesinas* gegen das Minenunternehmen Yanacocha gekämpft. Diesmal handelt es sich um einen unsichtbaren Feind, den die ganze Welt fürchtet.

Gleich nach dem Treffen machten sich die *Ronderas* an die Arbeit. María versammelte die anderen *Ronderas* und nahm all ihren Mut zusammen. Sie sagte ihnen mit entschlossener Stimme: „Wir müssen uns dem Corona-Virus stellen. Doch dafür müssen wir uns auch schützen.“ Am zweiten Tag der Quarantäne kamen zunächst nur wenige Frauen, bis etwa zehn *Ronderas* versammelt waren. Zusammen mit den Männern organisierten sie Wachposten an den Grenzen der Stadt und Nachbarschaftsgruppen, um die Kontrolle innerhalb der Stadt zu gewährleisten. Außerdem war es für sie wichtig, die Arbeit der Volksküchen zu unterstützen, damit alle Bürger*innen eine Mahlzeit am Tag erhielten.



Foto: Andina

Die Stadt Bambamarca ist seit einigen Jahren als Rebellenhochburg gegen das Bergbauprojekt Yanacocha bekannt. Die *Rondas Campesinas* setzen sich für den Schutz des Wassers und die Verteidigung ihrer Territorien ein. María und ihre Freundin Yulisa Mejía, eine bekannte *Rondera*-Anführerin, gehören auch dazu. Nun müssen die beiden die Straßen ihrer Stadt bewachen, um die Verbreitung des COVID-19 aufzuhalten.

Einmal mussten María und Yulisa drei junge Leute anhalten, die mit Motorrädern unterwegs waren und dem Anschein nach aus Lima kamen. Die beiden *Ronderas* machten die jungen Leute auf sich aufmerksam. Trotzdem wollten die Jugendlichen ohne Rücksicht auf die Wachen weiterfahren. Die *Ronderas* ließen das nicht zu. Sie wollten erfahren, woher die Jugendlichen kamen, wohin sie gingen, wann sie zurückkehrten. Mit Hilfe einer Peitsche zeigten sie den Jugendlichen ihre Entschlossenheit. Sie erreichten, was sie wollten.

Die *Ronderas* aus Bambamarca haben sich am stärksten für die Einhaltung der Kontaktsperre engagiert, findet María. Deswegen waren sie sehr besorgt, als sie die Nachricht vom ersten Corona-Fall in der Region hörten. Die *Rondas Campesinas* hatten sich mit dem Direktor des Krankenhauses und weiteren Ärzten in Bambamarca getroffen. Da wurde die Nachricht vom ersten bestätigten Ansteckungsfall mit Covid-19 in der Region bekannt gegeben. Marías erstes Gedanken war: Jetzt sind wir auch dran. Es schien ihr, als hätte sie den Boden unter den Füßen verloren. María ist alleinerziehende Mutter, sie hat einen Sohn und eine alte Mutter. María und Yulisa umarmten sich und weinten zusammen. Laut María verfügt das nächstgelegene Krankenhaus nicht über genügend Ärzt*innen, Krankbetten und medizinische Ausrüstung. Wenn sich die

Gesundheitssituation in Bambamarca extrem verschlechtern würde, könnte das regionale Krankenhaus von Cajamarca kollabieren.

Doch dank der *Rondas Campesinas* ist Cajamarca eine der Regionen mit den wenigsten Covid-19-Todesfällen in Peru. Die Region hat 1,3 Millionen Einwohner*innen. 1.403 Menschen wurden positiv auf das Corona-Virus getestet, 20 sind gestorben. In Bambamarca ist bisher niemand an dem Virus gestorben. Die Überwachungskontrollen der *Ronderas* und *Ronderos* zur Einhaltung der Corona-Beschränkungen haben Erfolg.

María hofft, dass die Pandemie bald endet. Bisher kann sie vom Anbau von Mais, Erbsen, Kartoffeln und von ihren kleinen Ersparnissen leben, die aber knapp werden. Sie weiß, dass die Regierung einen Plan zur Reaktivierung der Wirtschaft hat und dass die Bergbauunternehmen trotz Corona auf dem Vormarsch sind. „Mit Landwirtschaft, Viehzucht und Wasser können wir leben. Der Bergbau bedroht unser Leben“, sagt sie. Sie ist sich sicher, dass die *Rondas Campesinas* genauso, wie sie bisher die Ausbreitung der Pandemie verhindert haben, auch andere Bergbauprojekte stoppen können, die ihre Lebensgrundlagen zerstören würden.

Roxana Loarte (übersetzt und bearbeitet von Elena Muguruza und Annette Brox)

Spanisches Original: <https://wayka.pe/maria-la-rondera-campesina-que-se-rebelo-contra-el-coronavirus/> vom 11.06.20

Nachtrag der Redaktion:

Inzwischen ist die Zahl der mit dem Corona-Virus Infizierten auch in der Region Cajamarca sehr stark angestiegen. Laut Regionalregierung waren am 2. August 15.700 Menschen mit dem Virus infiziert. Und in der Provinz Hualgayoc gab es bis zu diesem Datum bereits 21 an Covid-19 Verstorbene zu beklagen.

Nach Aufhebung der Ausgangssperre wird verstärkt in Bussen getestet. So wurden nach unseren Informationen in einem Bus in Richtung Cajamarca-Celendin von 38 Passagieren acht positiv getestet. Auffällig ist, nach Informationen aus Cajamarca, dass an der Grenze zur Region Amazonas, wo auch die indigene Bevölkerung sehr stark unter Covid-19 leidet, die Viruserkrankungen zugenommen haben.

Bis Juni 2020 haben die Rondas Campesinas eine wichtige Funktion bei der Einhaltung der Ausgangssperre gespielt. Immer mehr hörten jedoch mit der Einrichtung von Straßensperren und anderen Maßnahmen zur Eindämmung der Ansteckung auf, weil ihren Angaben zufolge die Unterstützung durch Polizei und politisch Verantwortliche immer mehr ausblieb. So wurde ihnen zu wenig Benzin für Kontrollfahrten zur Verfügung gestellt, es gab keine Lebensmittel, und sie selbst mussten auch ihre Produkte auf den Markt bringen bzw. zur Arbeit außerhalb ihrer Siedlungen fahren.

14. Keine Zulassung für gentechnisch veränderte Lebensmittel in Peru

Im Jahr 2002 erließ Peru ein Gesetz, durch das die Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel um zehn Jahre aufgeschoben wurde.

Jetzt gibt es Bestrebungen im Landwirtschaftsministerium, unterstützt durch große Exportunternehmen, dieses Moratorium ab 2021 nicht mehr zu verlängern. Mit der Vorbereitung wurde INIA (Nationales Institut für Landwirtschaftsforschung) beauftragt. Auf der anderen Seite gibt es heftige Kritik, gentechnisch veränderte Lebensmittel auf die Äcker zu bringen. Die Befürworter*innen behaupten, dass eine weitere Nichtzulassung die peruanischen Exporte grundlegend gefährden würden. Das ist nicht der Fall. Auch ohne die Zulassung von Gentechnik sind die landwirtschaftlichen Exporterlöse von 645 Millionen Dollar im Jahr 2000 auf 6,6 Milliarden Dollar im Jahr 2018 gestiegen.

Die Pro-Fraktion für Gentechnik argumentiert mit falschen Angaben:

Nein, die Einfuhr von gentechnisch verändertem Mais findet bereits heute statt und stellt die Tieraufzucht nicht vor große Probleme. Außerdem wird bereits, bekannt aber nicht geahndet, Genmais in Peru angebaut sowie genetisch veränderte Fische aufgezogen. Betroffen sind im Prinzip die gentechnisch manipulierten Pflanzen die auf den Äckern freigesetzt werden. Und: Im Jahr 2019 wurde 60% des gelben Mais aus Mexiko eingeführt, nicht genetisch verändert.

Folgende Regionen (Bundesländer) haben sich als „gentechnisch frei“ erklärt: Ayacucho, Cusco, Huánuco, Junin, Puno, San Martin und auch die Hauptstadt Lima.

Das Umweltministerium fordert, stärker eingeschaltet zu werden um seine Kenntnisse einzubringen.

Die Contra-Fraktion beruft sich auf die Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt von 1992, die Peru ratifiziert hat und somit erfüllen muss. Das wurde durch das Gesetz Nr. 2681 beschlossen und verpflichtet Peru zum integralen Schutz der biologischen Vielfalt.

Untermuert wird die Kritik an der Zerstörung der biologischen Vielfalt durch die weltweit einzigartige Situation:

Von weltweit 117 Lebenszonen gibt es 84 in Peru. Auch deshalb ist Peru ein Land mit sehr großer biologischer und genetischer Vielfalt. Es ist angesagt, daran zu erinnern, dass Peru weltweit führend ist bei der Artenvielfalt von Kartoffeln, Ají, Mais, Getreide... es gibt 787 unterschiedliche Lebensmittel, 1.300 unterschiedliche Heilkräuter etc. All das würde weniger gelten, wenn Peru sich hin zu einem Gentechnik-Land verändert, wie Argentinien oder Paraguay.

Gegen die Zulassung von Gen-Produkten und damit verbundener Zunahme von Agrochemie wendet sich – auch – die fundamentalistische, religiöse Partei FREPAP, bekannt als „Israelitas“. Sie haben viele Siedlungen im amazonischen Regenwald. Sie argumentieren: Lebensmittel müssen nachhaltig erzeugt werden, damit die Natur geachtet und das biologische Gleichgewicht geschützt wird. Hier haben sich die Abgeordneten aus den Anden und Regenwald gegen die von Lima und der Küste durchgesetzt.



Foto: Andina

Eine Stimme aus der Praxis

Die kleine Exportfirma Glintgolbal (Lima) antwortete exklusiv für InfoPeru zu Fragen der möglichen Genehmigung der Gentechnik:

* Die peruanische Regierung hat überhaupt keine Kapazitäten zur Kontrolle dieser Technik in der Landwirtschaft und zur Sicherheit der Konsumenten und Konsumentinnen.

* Die Ausfuhren Perus wachsen wegen der guten Qualität der Produkte, nicht, wie die Großunternehmen behaupten, wegen billigster Preise. Das Kriterium der guten Qualität betrifft kleinere Unternehmen (auch Genossenschaften). Sie profitieren vom Verbot der Gentechnik. Peru ist bekannt und geschätzt für die gute Qualität der Produkte, die auch zum Teil Bioqualität haben.

* Die Wettbewerbsvorteile Perus liegen in der Produktvielfalt. Diese würde verloren gehen, wenn zum Beispiel gentechnisch veränderte Kartoffeln angepflanzt würden. Viele Bauern würden auf diese zunächst ertragreicheren Sorten zurückgreifen, aber die Vielfalt würde verloren gehen, ebenso die Vielfalt der Produkte wie Quinoa, Maca, Camu Camu, Sacha Inchi. Das würde die

Bauern schädigen, die nur einen Teil ihrer Ernte durch kleine Exportunternehmen verkaufen und, weil diese von guter Qualität sind, dafür einen fairen Preis erzielen.

* Gentechnisch veränderte Produkte werden in großen Betrieben erzeugt, mit Arbeiter*innen, die miserabel bezahlt werden. Hier gilt nur noch die erzeugte Menge. Solche Produkte sind „gesichtslos“ und konkurrieren nur über den niedrigsten Preis mit anderen Ländern.

* Dabei ist zu beobachten, dass der Wunsch nach gesunden, organischen Lebensmitteln zunimmt. Nur das kann die peruanische Landwirtschaft im internationalen Vergleich konkurrenzfähig halten. Die „Marca Perú“ taugt nur etwas, wenn sie auf gute, natürliche Produkte setzt.

In Ländern wie Bolivien, Chile und auch Guatemala gibt es starke Bestrebungen, die Gentechnik und die damit notwendigen Pestizide – Monsanto-Bayer lässt grüßen – zuzulassen mit der Begründung, damit die wirtschaftlichen Probleme aufgrund der Corona-Pandemie zu verringern.

Das würde Produkte wie Mais, Zucker, Baumwolle, Weizen und noch mehr Soja betreffen.

Heinz Schulze

(unter Verwendung folgender Quellen: Fernando Eguren, Cepes, 13.7.20; Biocomopartiendo Nr. 3272020, 23.7.20, Lima; Foro Ecologico, 26.7.2020; frepap-presenta proyecto de ley 21998; Juan Eduardo Gil Mora, Cusco, 16.7.20; A- Gutierrez, Revista Latinoamericana de Genética, 2018; Luis Guerrero, glintglobal, mail. 24.7.2020)

15. Der Leiter der Forstbehörde wurde entlassen...

..... und die Holzmafia jubelt.

Hinter Korruption und politischen Entscheidungen stehen Interessen und Personen. So auch hinter der überraschenden Entlassung des Chefs der nationalen Waldschutzbehörde SERFOR (Servicio Nacional Forestal y de Fauna Silvestre), Alberto Gonzales Zuñiga.

SERFOR soll, einfach gesagt, den Regenwald schützen. Die Behörde wurde nach dem großen Protest der indigenen Organisationen 2009 in Bagua im nördlichen Regenwald innerhalb des Gesetzes zum Schutz des Regenwaldes, eingerichtet. Sie sollte für eine wirksame Koordination zwischen staatlichen Stellen und der indigenen Bevölkerung sowie für deren Mitbestimmung sorgen. Im Direktorium von SERFOR sind auch indigene Delegierte vertreten. Konservativen Sektoren sehen Indigene als Problem bei der wirtschaftlichen Ausbeutung des Waldes gesehen. Sie stören sich vor allen Dingen am Internationalen Abkommen 169, das den indigenen Organisationen das Recht auf Vorab-Konsultation gewährt.

Alberto Gonzales Zuñiga wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung mit Stimmen der indigenen Delegierten ins SERFOR-Direktorium gewählt. Er nahm seine Aufgabe ernst. Das war sein Verhängnis.

Alberto Gonzales Zuñiga wurde entlassen weil das Vertrauensverhältnis zum Ministerium gestört war, weil er einen Passus im Freihandelsabkommen Perus mit den USA umsetzen wollte. Dazu später mehr.

Treibende Kräfte zur überraschenden Entlassung waren große Exportfirmen von Tropenholz, wie die Firmen Bozowich und WCA-E.I.R. Treibende Kraft war auch die damalige Vizeministerin im Landwirtschaftsministerium. Mit dabei waren unter anderem die einflussreichen Funktionäre der Forstabteilung im regionalen Landwirtschaftsministerium von Loreto und Ucayali, Zentren der illegalen Abholzung. Diese sind angeklagt, weil sie die massive illegale Abholzung gefördert haben. Das geschieht, indem mit gefälschten Dokumenten aus ihren Büros illegal gefällte Bäume legale wurden.



Foto: Andina

Schon 2017 wurde der damaligen Chefin von SERFOR und heutigen Umweltministerin Fabiola Muñoz von solchen Machenschaften berichtet. Deutlicher wurden die kriminellen Umtriebe durch die Veröffentlichung einer Studie des Internationalen Zentrum für Rechte der Umwelt (CIEL, 2019) bekannt. Sie analysierten 1024 Begleitpapiere für tropische Hölzer und stellten fest, dass bei 605 die Herkunftsorte dieser Bäume gefälscht wurden, indem Waldgebiete aufgeführt wurden, in denen eine Abholzkonzession bestand, die aber schon längst abgeholzt waren.

Bemerkenswert war, dass zum Beispiel im Jahre 2019 eine große Schiffsladung illegalen Holzes für die USA in Mexiko festgehalten wurde, weil ausgerechnet von dort die Einfuhr verboten wurde,

weil das dem Freihandelsabkommen USA-Peru widersprach, worin die Einfuhr illegalen Holzes untersagt ist.

Aktuell ist die Situation so: Neben seiner Aufgabe als Vizeminister für Entwicklung und Infrastruktur des Landwirtschaftsministerium hat Carlos A. Yaya auch den Chefposten bei SERFOR übernommen. Die indigenen Organisationen werden sich nicht an der Wahl eines neuen SERFOR-Chefs beteiligen. Sie betonen, dass eine so entscheidende Angelegenheit wie die Entlassung des Direktors in die Verantwortung des SERFOR-Direktoriums gehört hätte. Gonzales Zuñiga hat den peruanischen Staat auf Wiedereinstellung verklagt.

Heinz Schulze

Quellen: Servindi, 14.6.2020, 15.6. 2020, Carlos Herz in NoticiasSER 14.6., M. Silva Sánchez, Aidesep, 24.7.20

16. Praktikum bei der Infostelle Peru

Die Informationsstelle Peru e.V., ein Netzwerk der Solidarität Deutschland-Peru, bietet Studierenden (und anderen Interessierten) die Möglichkeit für ein Praktikum in der Geschäftsstelle in Freiburg.

Aufgabenbereiche

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des jährlichen Peru-Seminars
- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von (Online-) Seminaren und anderen Veranstaltungen
- Mitarbeit bei unserem Newsletter InfoPeru: Übersetzungen, Zusammenfassungen, eigene Artikel schreiben
- Mitarbeit bei der Herausgabe von Informationsmaterial: Übersetzungen, eigene Recherchen, Layout
- Öffentlichkeitsarbeit
- Büroarbeit: Beantwortung von Anfragen, Mitarbeit bei der Vorbereitung und Abrechnung von Förderanträgen

Wir erwarten

- Interesse an entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und/oder Peru
- grundlegende EDV-Kenntnisse
- gute Spanischkenntnisse erwünscht

Die konkreten Aufgaben werden nach dem aktuellen Bedarf sowie nach Ihren/Deinen Kompetenzen und Interessen abgesprochen. Ein Praktikum mit einem Umfang von 20 Wochenstunden (oder mehr) sollte mindestens acht Wochen dauern.

Wir freuen uns auf Ihre/Deine Bewerbung!

Bewerbungen mit Anschreiben und Lebenslauf bitte an:

Annette Brox, info@infostelle-peru.de, Tel. 0761 7070840

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.